

FamilienGuide

Leistungen für Familien in Österreich



FamilienGuide

Leistungen für Familien in Österreich

Wien 2019

Impressum

Medieninhaber, Verleger und Herausgeber:
Bundeskanzleramt, Ballhausplatz 2, 1010 Wien
Gesamtumsetzung: Sektion Familien und Jugend
Gestaltung: BKA Design & Grafik
Fotonachweise: Gettyimages (Cover, S. 11–74)
Stand: August 2019

Copyright und Haftung:

Auszugsweiser Abdruck ist nur mit Quellenangabe gestattet, alle sonstigen Rechte sind ohne schriftliche Zustimmung des Medieninhabers unzulässig.
Es wird darauf verwiesen, dass alle Angaben in dieser Publikation trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung des Bundeskanzleramtes und der Autorin/des Autors ausgeschlossen ist. Rechtsausführungen stellen die unverbindliche Meinung der Autorin/des Autors dar und können der Rechtsprechung der unabhängigen Gerichte keinesfalls vorgreifen.

Rückmeldungen: Ihre Überlegungen zu vorliegender Publikation übermitteln Sie bitte an familienservice@bka.gv.at

Wien 2019

Inhalt

1 Informationen und Serviceeinrichtungen für Familien	5
Website und Broschüren des Bundeskanzleramtes	6
2 Vor der Geburt	9
Arbeitsrechtliche Bestimmungen	10
Mutter-Kind-Pass-Untersuchungen	12
Anmeldung im Krankenhaus	13
3 Nach der Geburt	14
Babys erste Dokumente	15
Arbeitsrechtliche Bestimmungen	16
4 Finanzielle Leistungen für Familien in Österreich	23
Wochengeld/Betriebshilfe	24
Kinderbetreuungsgeld	26
Familienzeitbonus	38
Familienbeihilfe und Kinderabsetzbetrag	40
Leistungen für Schülerinnen/Schüler und Lehrlinge	44
Steuerliche Leistungen für Familien	47
Sonstige Leistungen	53
5 Bei finanzieller Notlage	58
6 Jugend	62

7 Vereinbarkeit von Familie und Beruf	66
8 Pflichten und Rechte von Eltern in Österreich	71
9 Trennung und Scheidung	75
10 Gegen Gewalt in der Familie	78
11 Familienreferate der Bundesländer	80
Links	83

1 Informationen und Service- einrichtungen für Familien

Website und Broschüren des Bundeskanzleramtes

Auf der Website des Bundeskanzleramtes – Sektion Familien und Jugend www.frauen-familien-jugend.bka.gv.at finden Sie einen Überblick über Beihilfen, Förderungen und Arbeitsprojekte sowie Formulare und Broschüren, die kostenlos bestellt werden können.

Familienservice

Beim Familienservice erhalten Sie Informationen zu den Familienleistungen des Bundes. Kontakt: familienservice@bka.gv.at oder **0800 240 262***

Infoline Kinderbetreuungsgeld

Die Infoline Kinderbetreuungsgeld informiert Sie allgemein zum Kinderbetreuungsgeld und Familienzeitbonus. Kontakt: **0800 240 014***

Rechner

Auf www.frauen-familien-jugend.bka.gv.at finden Sie zusätzlich spezielle Online-Rechner zur Ermittlung der Höhe Ihrer Ansprüche:

- Kinderbetreuungsgeld-Online-Rechner
- Familienbeihilfen-Rechner
- Familienhospiz-Rechner

Elternbildung

Das Bundeskanzleramt – Sektion Familien und Jugend unterstützt verschiedene gemeinnützige Träger wie Eltern-Kind-Zentren, Familienorganisationen, öffentliche und private Initiativen, die unterschiedliche Formen qualitativer Elternbildung anbieten: Eltern-Kind-Gruppen, Workshops usw. Sie erhalten Informationen zur aktuellen Entwicklungsphase Ihres Kindes, entwickeln Ihren

persönlichen Erziehungsstil, tauschen sich mit anderen Eltern aus und erkennen auftretende Probleme frühzeitig. Alle weiteren Informationen dazu erhalten Sie im Internet unter www.eltern-bildung.at

Familien- und Partnerberatungsstellen

In Österreich gibt es rund 400 Familien- und Partnerberatungsstellen von unterschiedlichsten Trägerorganisationen, die aus dem Budget des Bundeskanzleramtes – Sektion Familien und Jugend gefördert werden. Die Beratung ist anonym, kostenlos und unabhängig von Alter und Geschlecht.

Die Beratungsstellen beantworten Fragen und helfen bei Problemen zu verschiedensten Themen:

- Familienplanung bzw. Empfängnisregelung
- wirtschaftliche und soziale Belange, die werdende Mütter betreffen
- Fragen, die alleinstehende Mütter/Väter haben
- Konflikte durch eine ungewollte Schwangerschaft
- rechtliche und soziale Fragen, die in der Familie auftreten können
- Fragen zu Sexualität und Partnerschaftsbeziehungen
- Erziehungsfragen
- Psychische Schwierigkeiten
- Generationenkonflikte

Die Adressen der Beratungsstellen finden Sie im Internet unter www.familienberatung.gv.at

Frühe Hilfen

Frühe Hilfen bieten Schwangeren und Familien mit Säuglingen und Kleinkindern Unterstützung in belastenden Lebenssituationen. Kernelement ist die Familienbegleitung, die Familien kostenlos dabei unterstützt, die richtige Hilfe zu bekommen: Von persönlicher Beratung über Begleitung bei Behördenwegen bis

hin zur Anleitung und Unterstützung bei der Pflege, Versorgung und Erziehung Ihres Kindes. Finden Sie ein Angebot in Ihrer Nähe unter www.fruehehilfen.at

Beratungsstelle Extremismus

Die Beratungsstelle Extremismus ist die Fachstelle zur Vorbeugung gegen Extremismus und Radikalisierung. Kontakt: **0800 20 20 44*** oder unter www.beratungsstelleextremismus.at

Bundesstelle für Sektenfragen

Die Bundesstelle ist eine zentrale Informations- und Beratungsstelle zu „Sogenannten Sekten“ und Weltanschauungsfragen.

Kontakt: **+43 1 513 04 60** oder unter www.bundesstelle-sektenfragen.at

Medien-Jugend-Info

Bei der Medien-Jugend-Info erhalten Sie Informationen zu Fragen rund um das Thema Medienkompetenz unter

www.frauen-familien-jugend.bka.gv.at/jugend/medien-information

Bundesstelle für die Positivprädikatisierung von digitalen Spielen

Die Bundesstelle bietet Informationen zu Spielen auf PC, Konsolen, Handys, Smartphones und Tablets, gibt Tipps für den richtigen Umgang und bietet eine regelmäßig aktualisierte Liste von empfehlenswerten Spielen: www.bupp.at

Kinder- und Jugendanwaltschaft des Bundes

Die Kinder- und Jugendanwaltschaft ist Ansprechstelle für junge Menschen und vermittelt bei Konflikten. Kinder und Jugendliche erhalten hier rasch und unbürokratisch Beratung und Unterstützung in schwierigen Situationen:

www.kinderrechte.gv.at/kinder-und-jugendanwaltschaft oder **0800 240 264***

* kostenlos aus ganz Österreich.

2 Vor der Geburt

Arbeitsrechtliche Bestimmungen

Informationspflichten

Für unselbstständig Beschäftigte:

Werdende Mütter haben ihre Arbeitgeberin/ihren Arbeitgeber über ihre Schwangerschaft und den voraussichtlichen Geburtstermin zu informieren, sobald sie von ihrer Schwangerschaft Kenntnis erlangen. Nur so können auch die gesetzlichen Mutterschutzbestimmungen eingehalten werden. Es ist aber kein Entlassungsgrund, wenn die Schwangerschaft nicht gemeldet wird.

Die Arbeitgeberin/der Arbeitgeber ist verpflichtet, die Beschäftigungsverbote zu beachten und das Arbeitsinspektorat schriftlich darüber zu informieren, dass sie/er eine schwangere Frau beschäftigt.

Auf Verlangen der Arbeitgeberin/des Arbeitgebers haben werdende Mütter eine ärztliche Bescheinigung über das Bestehen der Schwangerschaft und den voraussichtlichen Zeitpunkt der Entbindung vorzulegen.

Für selbstständig Erwerbstätige:

Werdende Mütter haben spätestens am Beginn des dritten Monats vor der voraussichtlichen Entbindung dem Versicherungsträger ein ärztliches Zeugnis über den voraussichtlichen Geburtstermin vorzulegen. Bei Fragen dazu wenden Sie sich bitte an die Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft bzw. an jene der Bauern (ab 01.01.2020: Sozialversicherungsanstalt der Selbständigen).



Mutterschutz (Beschäftigungsverbot) / Wochengeld / Betriebshilfe

Nach den Bestimmungen des Mutterschutzgesetzes dürfen werdende Mütter grundsätzlich ab dem Beginn der achten Woche vor dem voraussichtlichen Entbindungstag bis acht Wochen (bzw. 12 Wochen bei Kaiserschnitt-, Früh- und/oder Mehrlingsgeburten) nach der Geburt nicht beschäftigt werden. Arbeitgeberinnen/Arbeitgeber sind spätestens vier Wochen vor Beginn des Mutterschutzes von der werdenden Mutter nochmals zu informieren!

Details zu den Beschränkungen und Verboten für die Dienstverrichtung werdender Mütter finden Sie auf der Website des Arbeitsinspektorats unter www.arbeitsinspektion.gv.at (Stichwort: *werdende und stillende Mütter*).

Besteht Gefahr für Mutter oder Kind bei Fortdauer der Beschäftigung, kann bereits früher eine Freistellung erfolgen. Je nach medizinischer Indikation hat entweder die Fachärztin/der Facharzt ein Freistellungszeugnis auszustellen oder aber die Arbeitsinspektionsärztin/der Arbeitsinspektionsarzt bzw. die Amtsärztin/der Amtsarzt. Das Freistellungszeugnis ist der Arbeitgeberin/dem Arbeitgeber vorzulegen, woraufhin die Mutter ab sofort nicht mehr beschäftigt werden darf. Kommt das Kind vor oder nach dem Geburtstermin zur Welt, verkürzt bzw. verlängert sich die Schutzfrist vor der Geburt entsprechend. Die Schutzfrist nach der Geburt verlängert sich um den Zeitraum der Verkürzung vor der Geburt, längstens jedoch auf 16 Wochen.

In der Zeit des Mutterschutzes besteht für erwerbstätige Mütter ein Anspruch auf Wochengeld, selbstständig Erwerbstätige haben in der Zeit einen Anspruch auf Betriebshilfe bzw. Wochengeld. Um auch nach der Geburt das Wochengeld weiterhin beziehen zu können, sind der Krankenkasse eine Geburtsurkunde und eine Bescheinigung des Spitals vorzulegen.

Weitere Informationen zum Wochengeld sowie zur Betriebshilfe finden Sie im Kapitel 4 „Finanzielle Leistungen“.

Kündigungs- und Entlassungsschutz

Der Eintritt der Schwangerschaft ist der Arbeitgeberin/dem Arbeitgeber sobald als möglich bekannt zu geben. Schwangere Frauen in einem unbefristeten Arbeitsverhältnis dürfen grundsätzlich nicht gekündigt oder entlassen werden. Dieser **Kündigungs- und Entlassungsschutz beginnt mit dem Eintritt der Schwangerschaft und endet vier Monate nach der Entbindung.**

Während einer Probezeit besteht kein Kündigungsschutz.

Mutter-Kind-Pass-Untersuchungen

Der Mutter-Kind-Pass soll einen sicheren Verlauf der Schwangerschaft bis zur Geburt und eine gesunde Entwicklung des Kindes gewährleisten. Dieses Programm garantiert eine ausgezeichnete Gesundheitsvorsorge für Schwangere und Kinder bis zum Schuleintritt. Alle Untersuchungsergebnisse werden im Mutter-Kind-Pass dokumentiert.

Nachdem die Ärztin/der Arzt eine Schwangerschaft festgestellt hat, erhält die schwangere Frau den Mutter-Kind-Pass.

Auch wenn Sie nicht versichert sind, haben Sie Anspruch auf den Mutter-Kind-Pass. Sie müssen sich jedoch vor der Inanspruchnahme einer Untersuchung von der Krankenkasse, die für Ihren Wohnort zuständig ist, einen Anspruchsbeleg ausstellen lassen. Mit diesem Beleg können Sie bei einer Vertragsärztin/einem

Vertragsarzt des Krankenversicherungsträgers die jeweiligen vorgesehenen Mutter-Kind-Pass-Untersuchungen kostenlos durchführen lassen.

Der Nachweis der Mutter-Kind-Pass-Untersuchungen ist unter anderem auch ein erforderlicher Nachweis für den Erhalt des Kinderbetreuungsgeldes in voller Höhe. Details dazu finden Sie im Kapitel 4 „Finanzielle Leistungen“ unter *Kinderbetreuungsgeld*.

Anmeldung im Krankenhaus

Für die Geburt im Krankenhaus Ihrer Wahl **ist eine rechtzeitige Anmeldung sehr wichtig**. Informieren Sie sich über die Anmeldefristen sowie über die Möglichkeiten einer ambulanten oder stationären Entbindung beim Krankenhaus Ihrer Wahl.

Unterstützung bei der Wahl eines Krankenhauses bietet auch die Website www.kliniksuche.at

3 Nach der Geburt

Babys erste Dokumente

Behördenwegweiser:

- Die **Anzeige der Geburt** erfolgt binnen einer Woche durch das Krankenhaus bzw. die anwesenden Ärztinnen/Ärzte oder Hebammen.
- Die **Geburtsurkunde** und die **Geburtsbescheinigung** werden vom zuständigen Standesamt ausgestellt.
- Wenn die Eltern nicht verheiratet sind, erfolgt beim Standesamt auch die **Vaterschaftsanerkennung**.
- Wenn die Eltern nicht verheiratet sind, kann gemeinsam von ihnen beim zuständigen Standesamt einmalig bestimmt werden, dass die **Obsorge** beiden zukommt.
- Die **Meldebestätigung** des Neugeborenen („Meldezettel“) wird von der Gemeinde bzw. vom Magistrat ausgestellt.
- Die **Meldung an die Sozialversicherung** erfolgt – bei Geburten im Inland – durch das zuständige Standesamt. Das Kind bekommt nach erfolgter Meldung eine eigene **e-card** zugeschickt.
- Die **Mitversicherung** des Neugeborenen bei Mutter und Vater erfolgt automatisch, sofern diese krankenversichert sind. Die zuständige Krankenkasse ist von der Mutter oder dem Vater über die Geburt zu informieren (Geburtsbescheinigung und Entlassungsschein des Krankenhauses).
- Den **Staatsbürgerschaftsnachweis** für Ihr Kind beantragen Sie bei dem für Ihren Wohnsitz zuständigen Standesamt.
- Wenn Ihr Kind mit Ihnen ins Ausland reist, braucht es einen eigenen **Reisepass**. Dieser kann bei den Bezirkshauptmannschaften oder dem zuständigen Magistrat beantragt werden. Wichtig: Um die **Identität des Kindes** eindeutig feststellen zu können, muss

das Kind bei der Antragstellung persönlich anwesend sein. Das gilt auch für Babys und Kleinkinder. Bis zum zweiten Geburtstag des Kindes ist der Reisepass kostenlos.

Welche Dokumente für die einzelnen Anträge benötigt werden, finden Sie unter www.oesterreich.gv.at

Arbeitsrechtliche Bestimmungen

Mutterschutz/Beschäftigungsverbot

Nach den Bestimmungen des Mutterschutzgesetzes dürfen werdende Mütter grundsätzlich ab dem Beginn der achten Woche vor dem voraussichtlichen Entbindungstag bis acht Wochen (bzw. 12 Wochen bei Kaiserschnitt-, Früh- und/oder Mehrlingsgeburten) nach der Geburt nicht beschäftigt werden.

Freistellung anlässlich der Geburt des Kindes („Papamonat“)

Für Geburten ab 1. September 2019 besteht für unselbstständig erwerbstätige Väter ein Rechtsanspruch auf Freistellung für die Dauer von einem Monat („Papamonat“) für den Zeitraum ab Geburt des Kindes bis zum Ablauf des Beschäftigungsverbotes der Mutter. Eine Vorankündigung gegenüber der Arbeitgeberin/dem Arbeit-



geber betreffend den voraussichtlichen Beginn der Freistellung spätestens drei Monate vor dem errechneten Geburtstermin ist nötig. Mit der Vorankündigung besteht Kündigungs- und Entlassungsschutz.

Elternkarenz

Karenz ist eine befristete Freistellung von der Arbeit bis längstens zum zweiten Geburtstag des Kindes. **Die Karenz beginnt grundsätzlich nach Ende der Mutterschutzfrist oder im Anschluss an die Karenz des anderen Elternteils.**

Ausnahme:

Hat der andere Elternteil keinen Anspruch auf Karenz, kann die Arbeitnehmerin/der Arbeitnehmer **Karenz auch zu einem späteren Zeitpunkt** in Anspruch nehmen. In diesem Fall ist der Arbeitgeberin/dem Arbeitgeber Beginn und Dauer der Karenz spätestens drei Monate vor dem Antritt der Karenz bekannt zu geben.

Die Arbeitgeberin/der Arbeitgeber hat der Arbeitnehmerin/dem Arbeitnehmer auf Verlangen eine von beiden unterfertigte Bestätigung über Beginn und Dauer der Karenz auszustellen.

Wer hat Anspruch auf Karenz?

Anspruch auf Karenz haben folgende Personengruppen:

- Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer (gilt auch für Lehrlinge)
- Heimarbeiterinnen/Heimarbeiter
- Beamtinnen/Beamte und Vertragsbedienstete des Bundes und des Landes

Meldefristen für die Elternkarenz

Mutter

Nimmt die Mutter zuerst die Karenz in Anspruch, hat sie ihre Arbeitgeberin/ihren Arbeitgeber spätestens am letzten Tag der Schutzfrist darüber zu informieren, ob bzw. wie lange sie Karenz in Anspruch nehmen möchte. Nimmt die Mutter erst zu einem späteren Zeitpunkt – im Anschluss an den

Karenzteil des Vaters – Karenz in Anspruch, hat sie den Antritt ihrer Karenz spätestens drei Monate vor dem Ende der Karenz des Vaters der Arbeitgeberin/dem Arbeitgeber zu melden (am besten schriftlich und per Einschreiben).

Vater

Nimmt der Vater zuerst die Karenz in Anspruch, hat er die Arbeitgeberin/den Arbeitgeber bis spätestens acht Wochen nach der Geburt über Beginn und Dauer der Karenz zu informieren. Nimmt der Vater erst zu einem späteren Zeitpunkt – im Anschluss an den Karenzteil der Mutter – Karenz in Anspruch, hat er den Antritt seiner Karenz spätestens drei Monate vor dem Ende der Karenz der Mutter der Arbeitgeberin/dem Arbeitgeber zu melden (am besten schriftlich und per Einschreiben).

Teilung der Karenz

Die Karenz kann höchstens zweimal zwischen den Eltern geteilt werden. Ein Karenzteil muss mindestens zwei Monate dauern. Die Eltern können nicht gleichzeitig in Karenz gehen (Ausnahme: anlässlich des ersten Wechsels kann sich ein Monat überschneiden).

Kündigungs- und Entlassungsschutz

Der Kündigungs- und Entlassungsschutz beginnt bei einem späteren Antritt der Karenz frühestens vier Monate vor deren Beginn.

In der Zeit der Karenz bis zum Ablauf von vier Wochen nach Beendigung der Karenz besteht ein Kündigungs- und Entlassungsschutz.

Aufgeschobene Karenz

Beide Eltern haben die Möglichkeit, drei Monate ihrer Karenz bis zum siebenten Geburtstag des Kindes (oder bis zu einem späteren Schuleintritt) aufzuschieben. Dies ist mit der Arbeitgeberin/dem Arbeitgeber zu vereinbaren.

Voraussetzung für den Anspruch auf Karenz ist ein gemeinsamer Haushalt von Vater bzw. Mutter und dem Kind.

Karenz und Kinderbetreuungsgeld

Während der Elternkarenz erhalten Sie keinen Lohn bzw. kein Gehalt. Sie erhalten in dieser Zeit jedoch auf Antrag Kinderbetreuungsgeld (in der gewählten Anspruchsdauer).

Die Karenzdauer ist unabhängig von der von Ihnen gewählten Anspruchsdauer des Kinderbetreuungsgeldes.

Weitere Informationen zum Thema Elternkarenz finden Sie auf der Website des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz unter www.sozialministerium.at (Stichwort: *Arbeitsrecht*).

Elternteilzeit

Nach dem Ende der Karenz (aber auch statt einer Elternkarenz) haben Eltern Anspruch auf Elternteilzeit. Adoptiv- und Pflegeeltern sind den leiblichen Eltern gleichgestellt. Sie können ihre bisherige Arbeitszeit vermindern bzw. die



bisherigen Arbeitszeiten verändern.

Der gesetzliche Anspruch auf Elternteilzeit besteht längstens bis zum siebenten Geburtstag oder späteren Schuleintritt des Kindes und hängt von der Betriebsgröße und von der Dauer der Betriebszugehörigkeit ab.

Befindet sich ein Elternteil in Karenz, hat der andere Elternteil keinen Anspruch auf Elternteilzeit. **Jedoch können beide Eltern gleichzeitig in Elternteilzeit gehen.**

Die Arbeitnehmerin/der Arbeitnehmer kann jeweils einmal eine Abänderung der Teilzeit (Verlängerung, Ausmaß, Lage) und eine vorzeitige Beendigung der Teilzeit verlangen. Die Arbeitgeberin/der Arbeitgeber kann jeweils einmal eine Abänderung der Teilzeit (Ausmaß, Lage) verlangen.

Wer hat Anspruch auf Elternteilzeit?

Anspruch haben Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer, die

- in einem Betrieb mit mehr als 20 Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmern beschäftigt sind,
- schon drei Jahre ununterbrochen in diesem Betrieb arbeiten,
- mit dem Kind im gemeinsamen Haushalt leben (bzw. die Obsorge für das Kind haben) und
- das Stundenausmaß um mindestens 20% der ursprünglichen Arbeitszeit reduzieren (dieses darf aber nicht weniger als 12 Stunden betragen).

Vereinbarte Elternteilzeit

In Betrieben mit weniger als 21 Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmern bzw. bei Nichterfüllen der Mindestdauer der Beschäftigung können Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer mit ihrer Arbeitgeberin/ihrem Arbeitgeber eine Teilzeitbeschäftigung längstens bis zum Ablauf des vierten Lebensjahres des Kindes vereinbaren.

Die Teilzeitbeschäftigung muss mindestens zwei Monate dauern. Das Stundenausmaß muss um mindestens 20% der ursprünglichen Arbeitszeit reduziert werden, darf aber nicht weniger als 12 Stunden betragen.

Antrag auf Elternteilzeit

Mütter und Väter, die Elternteilzeit in Anspruch nehmen oder vereinbaren wollen, müssen diese innerhalb bestimmter Fristen der Arbeitgeberin/dem Arbeitgeber schriftlich bekannt geben.

Der schriftliche Antrag auf Elternteilzeit hat folgende Angaben zu enthalten:

- den Beginn der Teilzeitbeschäftigung,
- die Dauer der Teilzeitbeschäftigung (Achtung: Mindestdauer zwei Monate!),
- das Ausmaß der Teilzeitbeschäftigung (Anzahl der Stunden pro Woche),
- die Lage der Teilzeitbeschäftigung (Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit, Bezeichnung der Arbeitstage).

Kündigungs- und Entlassungsschutz

Ein Kündigungs- und Entlassungsschutz besteht ab der Bekanntgabe einer beabsichtigten Elternteilzeitbeschäftigung, frühestens aber vier Monate vor dem beabsichtigten Antritt der Teilzeitbeschäftigung. Der Kündigungs- und Entlassungsschutz endet vier Wochen nach Ende der Elternteilzeit, spätestens aber vier Wochen nach Vollendung des vierten Lebensjahres des Kindes. Danach besteht ein Motivkündigungsschutz bis längstens zum siebenten Geburtstag oder späteren Schuleintritt.

Wenn Sie neben Ihrer Elternteilzeit eine weitere Erwerbstätigkeit ohne Zustimmung Ihrer Arbeitgeberin/Ihres Arbeitgebers aufnehmen, kann die Arbeitgeberin/der Arbeitgeber binnen acht Wochen ab Kenntnis die Kündigung wegen dieser Erwerbstätigkeit aussprechen.

Weitere Informationen zum Thema „Elternkarenz“ finden Sie auf der Website des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz unter www.sozialministerium.at (Stichwort: *Arbeitsrecht*).

Pflegefreistellung

Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer haben Anspruch auf Pflegefreistellung unter Fortzahlung des Entgelts für die Dauer von maximal einer Woche pro Arbeitsjahr.

Anspruch besteht:

- bei notwendiger Pflege eines im gemeinsamen Haushalt lebenden erkrankten nahen Angehörigen bzw. – unabhängig vom gemeinsamen Haushalt – eines erkrankten Kinde,
- bei notwendiger Betreuung von Kindern infolge eines Ausfalls der Betreuungsperson oder
- im Fall der Begleitung eines erkrankten Kindes durch die Eltern bei stationärem Krankenhausaufenthalt, sofern es das zehnte Lebensjahr noch nicht vollendet hat.

Wenn die erste Woche Pflegefreistellung verbraucht ist und im laufenden Arbeitsjahr ein im gemeinsamen Haushalt lebendes noch nicht zwölfjähriges Kind (Wahlkind, Pflegekind, leibliches Kind der Partnerin/des Partners) neuerlich erkrankt, besteht Anspruch auf eine weitere Woche Pflegefreistellung.

Nähere Informationen: Bundesministerium für Arbeit, Soziales,
Gesundheit und Konsumentenschutz – unter **+43 1 71100 86 22 86**
oder www.sozialministerium.at

4 Finanzielle Leistungen für Familien in Österreich

Leistungen bei Schwangerschaft und Geburt

Frauen dürfen grundsätzlich in den acht Wochen vor dem voraussichtlichen Geburtstermin bis zum Ablauf von acht Wochen (bzw. 12 Wochen bei Frühgeburten, Mehrlingsgeburten oder Kaiserschnittentbindungen) nach der Geburt **nicht beschäftigt werden**.

Berufstätige Frauen, die ein Kind erwarten, haben in der Regel während der Zeit des Mutterschutzes Anspruch auf finanzielle Unterstützung.

Wohngeld/Betriebshilfe

Unselbstständig Beschäftigte

Mütter, die vor der Geburt unselbstständig erwerbstätig waren, bekommen in dieser Zeit von ihrer Arbeitgeberin/ihrem Arbeitgeber kein Gehalt ausbezahlt, sondern können bei der Krankenkasse Wohngeld beantragen.

Das Wohngeld entspricht etwa dem **Durchschnittsnettoeinkommen der letzten drei Kalendermonate** vor Beginn des Beschäftigungsverbot. Bei der Berechnung werden das Urlaubs- und Weihnachtsgeld berücksichtigt.

Freie Dienstnehmerinnen haben ebenfalls Anspruch auf **Wohngeld**.

Bezieherinnen von Arbeitslosengeld

Auch wenn die Mutter zu Beginn der Schutzfrist Arbeitslosengeld oder eine sonstige Leistung aus der Arbeitslosenversicherung bezieht, besteht Anspruch auf Wohngeld. Es beträgt dann in der Regel **180 Prozent dieses letzten Leistungsbezuges**.

Als unselbstständig Beschäftigte oder Bezieherin von Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe benötigen Sie für den Antrag auf Wochengeld:

- eine ärztliche Bestätigung über den Geburtstermin und
- eine Arbeits- und Lohnbestätigung der Arbeitgeberin/des Arbeitgebers bzw. eine Bestätigung des AMS über die bezogenen Leistungen.

Geringfügig Beschäftigte

Geringfügig erwerbstätige Frauen haben nur dann Anspruch auf Wochengeld, wenn sie sich zu ihrer geringfügigen Beschäftigung selbst versichert hatten. Das Wochengeld beträgt in diesem Fall **9,30 Euro täglich** (Wert für 2019).

Wenn noch ein Baby zur Welt kommt

Wer Kinderbetreuungsgeld bezieht und währenddessen wieder in den Mutterschutz geht, bekommt dann Wochengeld für ein weiteres zu erwartendes Kind, wenn schon bei der vorherigen Geburt (also für jenes Kind, für das gerade Kinderbetreuungsgeld bezogen wird) **Anspruch auf Wochengeld bestanden hat**.

Beginnt auf Grund der bevorstehenden Geburt eines weiteren Kindes die Schutzfrist im Zeitraum des Bezuges von Kinderbetreuungsgeld (für das ältere Kind), so besteht ein Anspruch auf Wochengeld in der Höhe dieses Kinderbetreuungsgeldes.

Selbstständige und Bäuerinnen

Selbstständige und Bäuerinnen haben während der Schutzfrist Anspruch auf eine **Betriebshilfe**. Das bedeutet, dass ihnen eine geschulte und für die Verrichtung der zu erbringenden Arbeiten geeignete Person zur Verfügung gestellt wird. Unter bestimmten Voraussetzungen können selbstständig erwerbstätige Frauen und Bäuerinnen stattdessen **Wochengeld** in der Höhe von **55,04 Euro täglich** (Wert für 2019) beziehen.

Kinderbetreuungsgeld

Der Anspruch auf Kinderbetreuungsgeld (KBG) besteht grundsätzlich **ab Geburt eines Kindes**. Im Falle eines Anspruchs auf Wochengeld oder eine wochengeldähnliche Leistung ruht der Anspruch auf Kinderbetreuungsgeld für beide Eltern bis zum Ende des Anspruchs auf Wochengeld oder eine wochengeldähnliche Leistung in der Höhe dieser Leistung (das gilt für beide Eltern). Wenn das Wochengeld nach der Geburt geringer ist als das Kinderbetreuungsgeld in der gewählten Auszahlungsvariante, so ruht das Kinderbetreuungsgeld nur teilweise und der Differenzbetrag wird ausgezahlt.

Besteht Anspruch auf Betriebshilfe, so ruht das Kinderbetreuungsgeld für beide Elternteile in Höhe des Wochengeldes für Selbstständige.

Kinderbetreuungsgeld ist eine Geldleistung und unabhängig von arbeitsrechtlichen Ansprüchen wie z. B. Karenz. Die Dauer der Karenz und des Geldbezugs müssen sich nicht decken.

Die arbeitsrechtliche Karenz endet unabhängig von der Dauer des Bezuges von Kinderbetreuungsgeld spätestens mit dem zweiten Geburtstag des Kindes.

Für die Antragstellung brauchen Sie in der Regel:

- das vollständig ausgefüllte Antragsformular im Original,
- die Geburtsurkunde in Kopie und
- den Nachweis der ersten 6 Mutter-Kind-Pass-Untersuchungen in Kopie.

Die Antragstellung kann auch online erfolgen:

www.meinesv.at

finanzonline.bmf.gv.at/fon

Eine Geburtsmeldung oder ein Antrag auf Wochengeld ersetzt keinen Antrag auf Kinderbetreuungsgeld.

Bitte beachten Sie:

- Anspruch auf Kinderbetreuungsgeld besteht nur nach Antragstellung.
- Zuständig ist jene Krankenkasse, bei der Wochengeld bezogen wurde bzw. bei der man versichert ist bzw. zuletzt versichert war.
- Wenn sich die Eltern beim Bezug abwechseln, hat auch der zweite Elternteil einen eigenen Antrag auszufüllen und bei dessen zuständiger Krankenkasse abzugeben.
- Das Kinderbetreuungsgeld kann bis zu 182 Tage rückwirkend beantragt werden. Wird im Anschluss an einen Wochengeldbezug noch Resturlaub verbraucht, sollte in einem Beratungsgespräch geklärt werden, ab welchem Tag ein Bezug der Leistung sinnvoll ist, damit es nicht zu einer Überschreitung der Zuverdienstgrenze kommt.
- Unabhängig von der gewählten Dauer des Bezuges von Kinderbetreuungsgeld endet die Karenz spätestens mit dem zweiten Geburtstag des Kindes. Wenn nichts anderes vereinbart wurde, sind Sie grundsätzlich verpflichtet, am zweiten Geburtstag Ihres Kindes den Dienst wieder anzutreten. Bitte beachten Sie dabei die Zuverdienstgrenzen!

Bezug nur für jüngstes Kind

Anspruch auf Kinderbetreuungsgeld besteht nur für das jüngste Kind. Wird während des Bezuges ein weiteres Kind geboren, so endet der Bezug spätestens mit der Geburt des jüngeren Kindes. Für Mütter, die wieder einen Anspruch



auf Wochengeld, Betriebshilfe oder eine wochengeldähnliche Leistung haben, ruht der Anspruch auf Kinderbetreuungsgeld grundsätzlich ab Beginn dieses Anspruchs in der Höhe dieser Leistung bis zur Geburt des weiteren Kindes. Für Väter ruht der Anspruch auf Kinderbetreuungsgeld in dieser Zeit (ab Beginn des neuerlichen Anspruchs auf Wochengeld oder Betriebshilfe der Mutter bis zur Geburt des weiteren Kindes) nicht.

Wer hat Anspruch?

Anspruch auf Kinderbetreuungsgeld haben leibliche Eltern, Adoptiv- und Pflegeeltern. Die Eltern können sich beim Bezug abwechseln.

Voraussetzungen für einen Anspruch auf Kinderbetreuungsgeld sind:

- Anspruch und Bezug der Familienbeihilfe für das Kind,
- Lebensmittelpunkt von antragstellendem Elternteil und Kind in Österreich,
- der beziehende Elternteil und das Kind haben einen dauerhaften (mindestens 91-tägigen) gemeinsamen Haushalt und denselben Hauptwohnsitz,
- Durchführung der ersten 10 Mutter-Kind-Pass-Untersuchungen,
- Einhaltung der Zuverdienstgrenze.
- Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft benötigen zusätzlich einen rechtmäßigen Aufenthalt in Österreich (NAG-Karte bzw. EU-Anmeldebescheinigung) bzw. müssen bestimmte asylrechtliche Voraussetzungen erfüllen.
- Bei getrennt lebenden Eltern zusätzlich Obsorgeberechtigung (Heim 1. Ordnung) und Bezug der Familienbeihilfe durch den antragstellenden Elternteil.

Detailinformationen finden Sie in der Broschüre „Kinderbetreuungsgeld“ des Bundeskanzleramtes – Sektion Familien und Jugend. Für allgemeine Fragen steht die Infoline Kinderbetreuungsgeld unter der kostenlosen Servicenummer **0800 240 014** zur Verfügung. Für spezielle Fragen wenden Sie sich bitte im Zuge der Antragstellung an Ihre zuständige Krankenkasse.

Nähere Informationen finden Sie auch auf unserer Website unter www.frauen-familien-jugend.bka.gv.at

Kinderbetreuungsgeld – Zwei Systeme

Bei der ersten Antragstellung entscheidet sich ein Elternteil für eines der beiden Systeme. Diese Wahl ist auch für den anderen Elternteil bindend und kann nach der Beantragung grundsätzlich nicht mehr geändert werden.

Folgende zwei Systeme stehen zur Auswahl:

Kinderbetreuungsgeld-Konto (Pauschalsystem):

Die **Bezugsdauer** des Kinderbetreuungsgeldes als Konto kann innerhalb eines vorgegebenen Rahmens gewählt werden:

- **Bezug ein Elternteil:**
365 bis 851 Tage (ca. 12 bis 28 Monate) ab der Geburt des Kindes
- **Bezug beide Elternteile:**
456 bis 1.063 Tage (ca. 15 bis 35 Monate) ab der Geburt des Kindes

Bei einer Bezugsdauer bis zum 365. Tag (Bezug ein Elternteil) bzw. bis zum 456. Tag ab der Geburt (Bezug beide Elternteile) beträgt das Kinderbetreuungsgeld 33,88 Euro täglich. Im Falle der maximalen Bezugsdauer bis zum 851. Tag (Bezug ein Elternteil) bzw. bis zum 1.063. Tag ab der Geburt (Bezug beide Elternteile) beträgt das Kinderbetreuungsgeld 14,53 Euro täglich. Je länger die Bezugsdauer ist, desto geringer ist der Tagesbetrag. Die Höhe der Leistung ergibt sich also aus der individuell gewählten Leistungsdauer.

Von der gewählten Gesamtanspruchsdauer pro Kind sind 20% dem zweiten Elternteil unübertragbar vorbehalten (in der kürzesten Variante sind das 91 Tage).

Mehrlingsgeburten/Mehrlingszuschlag

Bei Mehrlingsgeburten erhöht sich das pauschale Kinderbetreuungsgeld (Konto) für das zweite und jedes weitere Mehrlingskind um 50% des jeweiligen Tagesbetrages.

Einkommensabhängiges Kinderbetreuungsgeld:

Bezugsdauer:

- **Bezug ein Elternteil:**
längstens bis zum 365. Tag ab der Geburt des Kindes
- **Bezug beide Elternteile:**
längstens bis zum 426. Tag ab der Geburt des Kindes

Bezugshöhe:

- 80% des Wochengeldes (fiktives Wochengeld für Väter), maximal 2.000 Euro monatlich. Wird bei der Ermittlung der Höhe des Kinderbetreuungsgeldes der Tagesbetrag von 33,88 Euro täglich unterschritten,

so steht bei Erfüllung sämtlicher anderer Anspruchsvoraussetzungen auf Antrag ein Kinderbetreuungsgeld in Höhe von 33,88 Euro täglich zu.

- Zusätzlich erfolgt immer eine **Günstigkeitsrechnung** mit dem Steuerbescheid aus dem Kalenderjahr vor der Geburt des Kindes. Dadurch kann sich der Tagesbetrag noch erhöhen, nicht jedoch reduzieren.

Beim einkommensabhängigen Kinderbetreuungsgeld gibt es keinen **Mehrlingszuschlag!**

Voraussetzung für den Anspruch auf das einkommensabhängige Kinderbetreuungsgeld ist die tatsächliche Ausübung einer in Österreich sozialversicherungspflichtigen (kranken- und pensionsversicherungspflichtigen) Erwerbstätigkeit in den letzten 182 Tagen vor der Geburt/dem Mutterschutz sowie dass keine Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung in diesem Zeitraum (Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Weiterbildungsgeld etc.) bezogen wurden.

Details zu den Anspruchsvoraussetzungen für das einkommensabhängige Kinderbetreuungsgeld finden Sie in der Broschüre „Kinderbetreuungsgeld“.

Als Entscheidungshilfe für die Wahl der passenden Variante benutzen Sie den kostenlosen Kinderbetreuungsgeld-Rechner auf der Website des Bundeskanzleramtes – Sektion Familien und Jugend unter www.frauen-familien-jugend.bka.gv.at

Wechsel:

- Die Eltern können sich beim Bezug des Kinderbetreuungsgeldes zwei Mal abwechseln (in Härtefällen öfter). Es können sich maximal drei Blöcke ergeben, wobei ein Block mindestens 61 Tage dauern muss (Mindestbezugsdauer).
- Beziehen beide Eltern abwechselnd Kinderbetreuungsgeld, kann sich die höchstmögliche Bezugsdauer je nach gewählter Variante um 91 bis zu 212 Tage verlängern.
- Ein gleichzeitiger Bezug von Kinderbetreuungsgeld durch beide Elternteile ist grundsätzlich nicht möglich. **Einzige Ausnahme:** Beim erstmaligen Bezugswechsel der Eltern können die Eltern bis zu 31 Tage das Kinderbetreuungsgeld gleichzeitig beziehen. In diesem Fall wird die gesamte Anspruchsdauer um die Anzahl der Tage, an denen das Kinderbetreuungsgeld gleichzeitig bezogen wurde, gekürzt.

Partnerschaftsbonus

Bei annähernd gleicher Aufteilung des Kinderbetreuungsgeldbezuges (50:50 bis 60:40) kann ein Partnerschaftsbonus als Einmalzahlung in Höhe von 500 Euro je Elternteil in Anspruch genommen werden. Damit soll eine partnerschaftliche Aufteilung der Eltern bei der Kinderbetreuung gefördert werden.



Mutter-Kind-Pass-Untersuchungen

Sowohl beim Kinderbetreuungsgeld-Konto als auch beim einkommensabhängigen Kinderbetreuungsgeld sind fünf Untersuchungen der werdenden Mutter und die ersten fünf Untersuchungen des Kindes Voraussetzung für den Bezug von Kinderbetreuungsgeld in voller Höhe. Der Nachweis der fünf Untersuchungen der Schwangeren und der ersten Untersuchung des neugeborenen Kindes hat gleich bei der Antragstellung zu erfolgen (in Kopie), die restlichen Untersuchungen sind bis zum 15. Lebensmonat nachzuweisen, ansonsten erfolgt eine Reduktion des Kinderbetreuungsgeldes um 1.300 Euro pro Elternteil.

Härtefallregelung für Alleinerziehende

In bestimmten Härtefällen können Alleinerziehende den Kinderbetreuungsgeldbezug bis zu 91 Tage über die gewählte (und einem Elternteil zustehende) Bezugsdauer hinaus verlängern.

Krankenversicherung

Während des Bezuges von Kinderbetreuungsgeld sind der beziehende Elternteil und das Kind krankenversichert. Eine Mitversicherung des anderen Elternteils ist grundsätzlich möglich.

Wird mit der Arbeitgeberin/dem Arbeitgeber eine längere Karenz vereinbart, als der Bezug des Kinderbetreuungsgeldes dauert, ist es erforderlich, sich nach dem Ende des Bezuges des Kinderbetreuungsgeldes bei der Krankenkasse der (Ehe-)Partnerin/des (Ehe-)Partners mitversichern zu lassen oder sich selbst zu versichern.

Übersicht Kinderbetreuungs-geld	<u>Kinderbetreuungsgeld-Konto</u> 456 Tage bis 1063 Tage ab der Geburt des Kindes (mind. 20% der Gesamtdauer sind dem zweiten Elternteil unüber- tragbar vorbehalten)	<u>Einkommensabhängiges KBG</u> 426 Tage ab der Geburt des Kindes (mind. 61 Tage sind dem zwei- ten Elternteil unübertragbar vorbehalten)
Höhe des KBG pro Tag	33,88 Euro bis 14,53 Euro	80 % vom Wochengeld; sonst 80 % von einem fiktiven Wochengeld; zusätzlich erfolgt ein Günstigkeits- vergleich mit dem Steuerbescheid aus dem Kalenderjahr vor der Geburt; mind. 33,88 Euro bis max. 66,00 Euro
Maximalbezugs- dauer ein Elternteil	365 Tage bis 851 Tage (rund 12 bis 28 Monate) ab der Geburt des Kindes	365 Tage (rund 12 Monate) ab der Geburt des Kindes
Maximalbezugs- dauer beide Elternteile	456 Tage bis 1063 Tage (rund 15 bis 35 Monate) ab der Geburt des Kindes	426 Tage (rund 14 Monate) ab der Geburt des Kindes
Mindestbezugs- dauer pro Block	61 Tage	61 Tage
Erwerbstätigkeit nötig?	nein	mind. die letzten 182 Kalender- tage vor Geburt/Mutterschutz Ausübung einer kranken- und pensionsversicherungspflichtigen Erwerbstätigkeit
zulässiger Zu- verdienst pro Kalenderjahr	60% der Einkünfte des rele- vanten Kalenderjahres, mind. 16.200,00 Euro	6.800,00 Euro (entspricht etwa 14 mal der Geringfügigkeitsgrenze; ab 01.01.2020: 7.300,00 Euro); kein gleichzeitiger Bezug von Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung zulässig
Zuschlag pro Mehrling pro Tag	plus 50% des gewählten Tagesbetrages	kein Zuschlag
Beihilfe zum KBG	max. 365 Tage (durchgehend) je 6,06 Euro	keine Beihilfe

Übersicht Kinderbetreuungsgeld	Kinderbetreuungsgeld-Konto 456 Tage bis 1063 Tage ab der Geburt des Kindes (mind. 20% der Gesamtdauer sind dem zweiten Elternteil unübertragbar vorbehalten)	Einkommensabhängiges KBG 426 Tage ab der Geburt des Kindes (mind. 61 Tage sind dem zweiten Elternteil unübertragbar vorbehalten)
Sonderfall: Bezugsverlängerung für einen Elternteil im Härtefall	91 Tage	keine Härtefallverlängerung
gleichzeitiger Bezug möglich?	max. 31 Tage (bei erstmaligem Wechsel), wodurch sich die Anspruchsdauer um diese Tage reduziert	max. 31 Tage (bei erstmaligem Wechsel), wodurch sich die Anspruchsdauer um diese Tage reduziert
Partnerschaftsbonus möglich?	ja – bei annähernd gleicher Bezugsdauer beider Elternteile	ja – bei annähernd gleicher Bezugsdauer beider Elternteile

Zuverdienst zum Kinderbetreuungsgeld

Während des Bezugs von Kinderbetreuungsgeld gibt es die Möglichkeit weiterhin berufstätig zu sein, sofern der Zuverdienst unter einer bestimmten Grenze bleibt. Für jedes System des Kinderbetreuungsgeldes gibt es genau definierte Zuverdienstgrenzen.

Pauschales Kinderbetreuungsgeld (Kinderbetreuungsgeld-Konto)

Allgemeine Zuverdienstgrenze:

Während des Bezuges von pauschalem Kinderbetreuungsgeld dürfen Sie jedenfalls bis zu **16.200 Euro** dazu verdienen (auch wenn Ihre individuelle Zuverdienstgrenze unter diesem Betrag liegt).

Individuelle Zuverdienstgrenze:

Liegt Ihre **individuelle Zuverdienstgrenze** über 16.200 Euro, so dürfen Sie bis zur Höhe Ihrer individuellen Zuverdienstgrenze dazuverdienen:

Ihre individuelle Zuverdienstgrenze beträgt **60% der Einkünfte aus dem relevanten Kalenderjahr vor der Geburt Ihres Kindes** und wird anhand des Steuerbescheides des Kalenderjahres vor der Geburt des Kindes, in dem Sie kein Kinderbetreuungsgeld bezogen haben, berechnet (Beschränkung auf das drittvorangegangene Kalenderjahr). Steuerfreie Einkünfte (Ausnahmen: Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung) gelten nicht als Zuverdienst. Wechseln sich die Eltern beim Bezug des Kinderbetreuungsgeldes ab, wird für jeden Elternteil eine eigene individuelle Zuverdienstgrenze berechnet.

Überschreitung der Zuverdienstgrenze

Wird die zulässige Zuverdienstgrenze überschritten, ist höchstens der Überschreibungsbetrag zurückzuzahlen (Einschleifregelung).

Für die Berechnung Ihrer individuellen Zuverdienstgrenze sowie für den laufenden Zuverdienst können Sie den Kinderbetreuungsgeld-Online-Rechner auf der Website des Bundeskanzleramtes – Sektion Familien und Jugend unter www.frauen-familien-jugend.bka.gv.at verwenden.

Einkommensabhängiges Kinderbetreuungsgeld

Der beziehende Elternteil darf während des Bezugs von einkommensabhängigem Kinderbetreuungsgeld keine Erwerbseinkünfte über **6.800 Euro** pro Kalenderjahr (ab 01.01.2020: **7.300 Euro**) erzielen und keine Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung (z. B. auch Weiterbildungsgeld) erhalten.

Überschreitung der Zuverdienstgrenze

Wird die zulässige Zuverdienstgrenze im Ausmaß von 6.800 Euro (ab 01.01.2020: 7.300 Euro) pro Kalenderjahr überschritten, ist höchstens der Überschreibungsbetrag zurückzuzahlen.

Beihilfe zum pauschalen Kinderbetreuungsgeld

Eltern und Alleinerziehende mit geringem Einkommen können für Kinder eine Beihilfe zum Kinderbetreuungsgeld in Höhe von rund 180 Euro pro Monat beantragen. Die Beihilfe steht für maximal 365 Tage ab Antragstellung zu.

Zuverdienstgrenze

Alleinerziehende dürfen in diesem Fall dann nicht mehr als 6.800 Euro (ab 01.01.2020: 7.300 Euro) zusätzlich im Kalenderjahr verdienen.

Bei Elternteilen, die in Ehe oder einer Lebensgemeinschaft leben, darf der beziehende Elternteil nicht mehr als 6.800 Euro (ab 01.01.2020: 7.300 Euro) und der zweite Elternteil/die Partnerin/der Partner nicht mehr als 16.200 Euro im Kalenderjahr verdienen.

Wird die zulässige Zuverdienstgrenze nur geringfügig überschritten (nicht mehr als 15%), ist höchstens der Überschreibungsbetrag zurückzuzahlen. Wird eine der beiden zulässigen Zuverdienstgrenzen um mehr als 15% überschritten, so ist die gesamte im betreffenden Kalenderjahr bezogene Beihilfe an die Krankenkasse zurückzuzahlen.

Die Rückforderung durch die Krankenkasse kann sich nicht nur an den beziehenden Elternteil, sondern auch an den anderen Elternteil oder die Partnerin/den Partner oder unter gewissen Voraussetzungen auch an Dritte richten.

Weiterführende Informationen zum Thema „Kinderbetreuungsgeld“ entnehmen Sie bitte unserer Broschüre „Kinderbetreuungsgeld“ oder erhalten Sie bei der Infoline Kinderbetreuungsgeld unter

0800 240 014 sowie auf der Website des Bundeskanzleramtes – Sektion Familien und Jugend unter www.frauen-familien-jugend.bka.gv.at

Familienzeitbonus

Für erwerbstätige Väter, die sich unmittelbar nach der Geburt des Kindes intensiv und ausschließlich der Familie widmen und ihre Erwerbstätigkeit unterbrechen, ist ein Familienzeitbonus in Höhe von **22,60 Euro täglich** (insgesamt ca. 700 Euro) vorgesehen. Dieser wird auf ein allfälliges später vom Vater bezogenes Kinderbetreuungsgeld angerechnet.



Während des Bezuges von Familienzeitbonus besteht eine Kranken- und Pensionsversicherung.

Anspruchsvoraussetzungen:

- Anspruch und Bezug der Familienbeihilfe für das Kind,
- 182 Kalendertage unmittelbar vor Bezugsbeginn wurde durchgehend eine in Österreich kranken- und pensionsversicherungspflichtige Erwerbstätigkeit tatsächlich ausgeübt (eine geringfügige Beschäftigung reicht nicht aus),
- im relevanten Zeitraum vor Bezugsbeginn wurden keine Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung (Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Weiterbildungsgeld etc.) bezogen,

- ein gemeinsamer dauerhafter Haushalt und eine idente Hauptwohnsitzmeldung mit dem anderen Elternteil und dem Kind,
- Lebensmittelpunkt in Österreich.
- Nicht-österreichische Staatsbürgerinnen/Staatsbürger benötigen zusätzlich einen rechtmäßigen Aufenthalt in Österreich bzw. müssen bestimmte asylrechtliche Voraussetzungen erfüllen.
- Die Familienzeit ist innerhalb eines ununterbrochenen Zeitraums von 28 bis 31 Tagen (ein Bezug von weniger als 28 Tagen ist nicht zulässig!) und innerhalb eines fixen Zeitrahmens von 91 Tagen nach der Geburt zu konsumieren. Als Familienzeit gilt beispielsweise ein Sonderurlaub gegen Entfall der Bezüge oder der Antritt einer Frühkarenz im öffentlichen Dienst (Frühkarenzurlaub). Eine Freistellung anlässlich der Geburt des Kindes („Papamonat“) gilt dann als Familienzeit, wenn alle Anspruchsvoraussetzungen nach dem Familienzeitbonusgesetz erfüllt sind. Ein Gebührenurlaub oder ein Krankenstand stellen keine Unterbrechung dar, daher besteht für solche Zeiträume kein Anspruch auf einen Familienzeitbonus.
- Der Bezug des Familienzeitbonus muss sich mit der Familienzeit decken.
- Die Erwerbstätigkeit muss unmittelbar nach dem Ende der Familienzeit wieder aufgenommen werden.

Antragstellung:

Der Antrag muss spätestens binnen 91 Tagen ab dem Tag der Geburt des Kindes (der Tag der Geburt wird mitgezählt) bei der zuständigen Krankenkasse gestellt werden. Bei der Antragstellung ist die Anspruchsdauer verbindlich festzulegen.

Familienbeihilfe und Kinderabsetzbetrag

Grundsätzlich haben **Eltern** unabhängig von der Höhe ihres Einkommens **Anspruch auf Familienbeihilfe für ihre Kinder bis zu deren Volljährigkeit**, wenn sich der Mittelpunkt der Lebensinteressen in Österreich befindet und sich das Kind ständig in Österreich aufhält. Aufgrund ausdrücklicher gesetzlicher Anordnung ist die Mutter vorrangig anspruchsberechtigt.

Für **nicht-österreichische Staatsbürgerinnen/Staatsbürger** gilt zusätzlich, dass der Elternteil und das Kind sich gemäß § 8 und § 9 des Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetzes oder nach § 54 des Asylgesetzes rechtmäßig in Österreich aufhalten.

Antragslose Gewährung der Familienbeihilfe anlässlich einer Geburt im Inland

Seit 2015 ist es bei Geburten im Inland nicht mehr erforderlich, für das neugeborene Kind einen Antrag auf Familienbeihilfe zu stellen bzw. ein Antragsformular auszufüllen oder das Finanzamt zu kontaktieren. Das Finanzamt wird von sich aus tätig: Wenn alle Anspruchs- und Auszahlungsvoraussetzungen vorliegen, wird die Familienbeihilfe anlässlich der Geburt automationsunterstützt ausbezahlt und Sie erhalten eine diesbezügliche Mitteilung.

Wenn Daten bzw. Unterlagen fehlen, bekommen Sie ein Informationsschreiben des Finanzamtes mit konkreten Rückfragen zur Beantwortung.

Antrag auf Familienbeihilfe in anderen Fällen

In anderen Fällen als bei Geburten im Inland kann ein Antrag auf Familienbeihilfe elektronisch über FinanzOnline oder mit dem **Formular Beih 100** beim **Finanzamt** gestellt werden.

Gemeinsam mit der Familienbeihilfe wird der **Kinderabsetzbetrag** in Höhe von **58,40 Euro pro Kind und Monat** überwiesen. Ein eigener Antrag dafür ist nicht erforderlich.

Die Familienbeihilfe ist nach Alter und Anzahl der Kinder unterschiedlich hoch und wird monatlich ausbezahlt.

Mit 01.01.2018 wurde die Familienbeihilfe um weitere 1,9% erhöht.

Höhe der Familienbeihilfe seit 01.01.2018	Betrag
ab Geburt	€ 114,00
ab 3 Jahren	€ 121,90
ab 10 Jahren	€ 141,50
ab 19 Jahren	€ 165,10

Geschwisterstaffel pro Kind seit 01.01.2018	Betrag
2 Kinder	€ 7,10
3 Kinder	€ 17,40
4 Kinder	€ 26,50
5 Kinder	€ 32,00
6 Kinder	€ 35,70
ab 7 Kindern	€ 52,00
Erhöhte Familienbeihilfe (für erheblich behinderte Kinder)	€ 155,90

Familienbeihilfenbeträge für Kinder, die sich ständig im EU-/EWR-Raum oder der Schweiz aufhalten

In grenzüberschreitenden Fällen innerhalb der EU/des EWR und der Schweiz bestehen europarechtliche Sonderregelungen für den Bezug von Familienleistungen.

Diese Bestimmungen sehen vor, dass ein Elternteil, der nichtselbstständig oder selbstständig erwerbstätig ist, einen Anspruch auf Familienleistungen in dem Land auslöst, in dem die Beschäftigung ausgeübt wird (Beschäftigungslandprinzip). Treffen Ansprüche aus zwei Staaten aufeinander, weil z.B. jeder Elternteil in einem anderen Staat erwerbstätig ist, kommt das Wohnlandprinzip zur Anwendung. Demnach ist der Staat vorrangig dazu verpflichtet, die Familienleistungen zu gewähren, der sowohl Beschäftigungsstaat als auch Wohnstaat der Familie ist, nachrangig trifft die Verpflichtung den Staat, der nur Beschäftigungsstaat ist.

Anspruch, die Familienleistung aus Österreich zu erhalten, hat vorrangig der Elternteil, zu dessen Haushalt das Kind gehört, bzw. bei gemeinsamem Haushalt von Eltern und Kind grundsätzlich die Mutter.

Ab 01.01.2019 werden die Familienbeihilfenbeträge für Kinder, die sich ständig in einem anderen Mitgliedstaat der EU, einer Vertragspartei des EWR oder der Schweiz aufhalten, an die Lebenshaltungskosten des jeweiligen Wohnortes der Kinder angepasst.

Schulstartgeld

Ein Schulstartgeld von **100 Euro** wird für jedes Kind im Alter zwischen 6 und 15 Jahren gemeinsam mit der Familienbeihilfe für den Monat September ausgezahlt.

Familienbeihilfe für volljährige Kinder

Für volljährige Kinder in Berufsausbildung kann die Familienbeihilfe grundsätzlich **bis zur Vollendung des 24. Lebensjahres** bezogen werden. Bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres gibt es Ausnahmeregelungen.

Während der Zeit des Präsenz- oder Zivildienstes besteht grundsätzlich kein Anspruch auf die Familienbeihilfe.

Ein eigenes Einkommen des Kindes mindert unter Umständen den Anspruch auf die Familienbeihilfe bzw. schließt einen solchen auch aus. Erzielt ein Kind nämlich ab dem Kalenderjahr, in dem es das 20. Lebensjahr vollendet, eigene Einkünfte, so darf das zu versteuernde Einkommen 10.000 Euro pro Jahr nicht überschreiten. Wird der Betrag von 10.000 Euro überschritten, ist jener Betrag zurückzuzahlen, um den der Grenzbetrag überschritten wurde.

Familienbeihilfe für erheblich behinderte Kinder

Ist ein Kind erheblich behindert (50%ige Behinderung oder voraussichtlich dauernde Erwerbsunfähigkeit), steht zusätzlich zur allgemeinen Familienbeihilfe ein **Erhöhungsbetrag von 155,90 Euro monatlich** zu. In diesem Fall ist beim Finanzamt ein entsprechender Antrag (Formular Beih 3) zu stellen.

Detaillierte Informationen zu allen Bereichen der Familienbeihilfe, alle Beträge sowie einen Familienbeihilfen-Rechner finden Sie auf der Website des Bundeskanzleramtes – Sektion Familien und Jugend unter www.frauen-familien-jugend.bka.gv.at

Leistungen für Schülerinnen/Schüler und Lehrlinge

Folgende Leistungen stellt das Bundeskanzleramt – Sektion Familien und Jugend allen Schülerinnen/Schülern (bzw. Schulen) und Lehrlingen zur Verfügung:

Schulbuchaktion

Die **Schulbuchaktion** **stattet Schülerinnen/Schüler** mit den notwendigen Unterrichtsmitteln **unentgeltlich** aus und entlastet dadurch Eltern finanziell.

Anspruch darauf haben alle Schülerinnen/Schüler, die eine Schule im Inland besuchen. Die Bestellung der erforderlichen Schulbücher erfolgt aus dem Schulbuchbudget der Schulen. Die Schulbücher, die in das Eigentum der Schülerinnen/Schüler übergehen, werden von den Schulen angeschafft und am Beginn des Schuljahres verteilt.

Mit der 2018/19 erfolgten Einführung der neuen Generation von interaktiven und multimedialen digitalen Schulbüchern (E-Books plus) wird die Digitalisierung des Lernens in der Schule weiter ausgebaut.

Freifahrten im öffentlichen Verkehr

Schülerinnen/Schülern und Lehrlingen, für die österreichische Familienbeihilfe bezogen wird, wird bis zum **24. Lebensjahr die Fahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln zwischen ihrem inländischen Wohnort und der Schule bzw. dem Ausbildungsplatz finanziert.**



Der Freifahrausweis kann direkt beim örtlichen Verkehrsverbund oder seinen Ausgabestellen gegen einen pauschalen **Selbstbehalt von 19,60 Euro** erworben werden. Sofern für die verbundinterne Abwicklung der Freifahrten Anträge erforderlich sind, werden diese den Schulen vom jeweiligen Verkehrsverbund zur Verfügung gestellt bzw. auch direkt ausgegeben.

Statt des bisherigen Freifahrausweises kann auch ein für den jeweiligen Verbundbereich **gültiges Netzticket** für Schülerinnen/Schüler, Lehrlinge sowie für Teilnehmerinnen/Teilnehmer am Freiwilligen Sozialen Jahr (z. B. das „TOP-Jugendticket“ im VOR) erworben werden, wenn die Wohnung oder die Schule bzw. der Ausbildungsplatz in diesem Verbundbereich liegen. Dafür ist eine geringe Aufzahlung auf den vom Verkehrsverbund festgelegten Preis dieses Tickets erforderlich.

Nähere Auskünfte dazu finden Sie auf der Website des jeweiligen Verkehrsverbundes. Die Links zu den jeweiligen Verkehrsverbänden finden Sie auf der Website des Bundeskanzleramtes – Sektion Familien und Jugend unter www.frauen-familien-jugend.bka.gv.at

Schulbusse – Schülerfreifahrt im Gelegenheitsverkehr

Wenn es kein öffentliches Verkehrsmittel gibt, werden in Zusammenarbeit mit Gemeinden oder Schulerhaltern **Schulbusse** organisiert, die durch das Bundeskanzleramt finanziert werden. Diese Schulbusse werden dann eingesetzt, wenn den Schülerinnen/Schülern für einen Schulweg von mindestens zwei Kilometern pro Richtung kein öffentliches Verkehrsmittel zur Verfügung steht oder die Wartezeiten zu lange wären. Es besteht auch die Möglichkeit, eine zusätzliche Fahrt zum Ende der Nachmittagsbetreuung an den Schulen einzurichten und über das Bundeskanzleramt – Sektion Familien und Jugend zu finanzieren. Als Eigenanteil pro Schülerin/Schüler und Schuljahr ist ebenso ein **Pauschalbetrag von 19,60 Euro** zu leisten.

Schulfahrtbeihilfe

Wenn aufgrund mangelnder Angebote keine Schülerfreifahrt möglich ist, kann für einen Schulweg von mindestens zwei Kilometern pro Richtung eine Schulfahrtbeihilfe beantragt werden. Für behinderte Kinder ist dies auch bei näherer Distanz möglich. Diese Fahrtenbeihilfe steht auch zu, wenn im Lehrplan der Schule ein Praktikum verpflichtend vorgesehen ist und die Schülerinnen/Schüler für einen bestimmten Zeitraum täglich zu diesem Praktikum fahren müssen. Die Schulfahrtbeihilfe beträgt – abhängig von der Wegstrecke und der Anzahl der Fahrten – **zwischen 4,40 Euro und 19,70 Euro pro Monat**.

Fahrtenbeihilfe für Lehrlinge

Wenn für Fahrten der Lehrlinge zwischen Wohnung und Ausbildungsplatz, die an mindestens drei Tagen pro Woche anfallen, keine Lehrlingsfreifahrt möglich ist, kann für eine Wegstrecke von mindestens zwei Kilometern pro Richtung eine Fahrtenbeihilfe beantragt werden. Auch hier gibt es keine Mindeststrecke für Lehrlinge mit Behinderung.

Die Fahrtenbeihilfe für Lehrlinge beträgt – abhängig von der Länge der Wegstrecke – **5,10 Euro oder 7,30 Euro pro Monat**.

Heimfahrtbeihilfe für Schülerinnen/Schüler und Lehrlinge

Schülerinnen/Schüler, die eine Schule an einem anderen Ort als ihrem Wohnort besuchen und dazu an den Unterrichtstagen am Schulort oder in der Nähe davon in einer Zweitunterkunft (z. B. in einem Internat) untergebracht sind, können für die Fahrten zwischen dem Wohnort und der Zweitunterkunft eine Heimfahrtbeihilfe beantragen. Gleiches gilt für Lehrlinge, die ihre Lehre an einem anderen Ort als ihrem Wohnort absolvieren und dazu für die Dauer der Ausbildung eine Zweitunterkunft bewohnen.

Die Höhe dieser Fahrtenbeihilfe beträgt je nach Entfernung zwischen dem Hauptwohntort und der Zweitunterkunft **zwischen 19 Euro und 58 Euro pro**

Monat. Sofern öffentliche Verkehrsmittel verfügbar sind, wird der Preis des Netztickets des jeweiligen Verkehrsverbundes der Berechnung der Fahrtenbeihilfe zugrunde gelegt.

Die Antragsformulare **Beih 85** (für Schülerinnen/Schüler) und **Beih 94** (für Lehrlinge) erhalten Sie beim Finanzamt oder auf der Website des Bundesministeriums für Finanzen unter www.bmf.gv.at

Das entsprechende Antragsformular erhalten Sie beim zuständigen Finanzamt oder auf der Website des Bundesministeriums für Finanzen unter

Steuerliche Leistungen für Familien

Im Rahmen der Arbeitnehmerveranlagung bzw. der Einkommensteuererklärung können Eltern Ansprüche auf verschiedene finanzielle Leistungen geltend machen.

Mehrkindzuschlag

Der Mehrkindzuschlag wird für jedes dritte und weitere Kind zusätzlich zur Familienbeihilfe gewährt, und zwar in der Höhe von **20 Euro pro Kind und Monat**. Das Familieneinkommen des Vorjahres darf dabei jedoch den Jahresbetrag von 55.000 Euro nicht überschreiten.

Die Steuererklärung bzw. der Antrag auf Arbeitnehmerveranlagung kann auch über FinanzOnline eingereicht werden:
finanzonline.bmf.gv.at/fon

Familienbonus Plus

Mit dem Jahr 2019 werden Familien in Österreich mit dem neuen Familienbonus Plus steuerlich entlastet. Der Familienbonus Plus ist ein steuerlicher Absetzbetrag (Reduktion der Steuerlast), der steuerpflichtige Familien um bis zu 1.500 Euro pro Kind/Jahr für Kinder bis 18 Jahre bzw. 500 Euro pro Kind/Jahr für volljährige Kinder in Ausbildung entlastet.



Anspruchsvoraussetzungen:

Der Familienbonus Plus kann nur für ein Kind geltend gemacht werden, für das **Familienbeihilfe** bezogen wird. Für einen Elternteil, der mit dem Kind nicht im gemeinsamen Haushalt lebt, ist zusätzlich Voraussetzung, dass ihm der **Unterhaltsabsetzbetrag** zusteht.

Sie können den Familienbonus Plus entweder über die Lohnverrechnung durch Ihre Arbeitgeberin/Ihren Arbeitgeber (mit dem Formular E30) in Anspruch nehmen oder in Ihrer Steuererklärung/Arbeitnehmerveranlagung (mit dem Formular E1/L1k) im Nachhinein geltend machen.

Aufteilung:

Verfügen beide Eltern über ein steuerpflichtiges Einkommen, kann der Familienbonus von jedem Elternteil zur Gänze oder auch von beiden Eltern je zur Hälfte beantragt werden.

Bei getrennt lebenden Eltern wird, wenn der nicht haushaltszugehörige Elternteil regelmäßig Unterhalt für das Kind leistet, der Familienbonus Plus auf beide Elternteile je zur Hälfte aufgeteilt, andernfalls steht der Familienbonus

Plus nur dem Familienbeihilfe beziehenden Elternteil zu. Wenn ein Elternteil kein Einkommen bzw. keine Steuerpflicht hat, kann der andere Elternteil den ganzen Familienbonus Plus in Anspruch nehmen.

Wenn ein Elternteil die Kosten für die Betreuung des Kindes überwiegend leistet (mehr als die Hälfte der Kosten und mindestens 1.000 Euro), kann von den Eltern – nur in der steuerlichen Veranlagung – eine Aufteilung des Familienbonus im Verhältnis 9:1 beantragt werden. Diese Regelung ist bis 2021 befristet. Der Familienbonus Plus entlastet steuerpflichtige Eltern bei ihren Unterhalts- und Betreuungsleistungen für ihre Kinder und ersetzt den bisherigen Kinderfreibetrag und die Absetzbarkeit der Kinderbetreuungskosten.

Kinderfreibetrag (letztmalig für das Jahr 2018)

Der Kinderfreibetrag **verringert die steuerliche Bemessungsgrundlage**. Macht nur ein Elternteil den Kinderfreibetrag geltend, so beträgt er **440 Euro pro Kind und Jahr**. Machen beide Elternteile den Freibetrag geltend, stehen jedem Elternteil **300 Euro** jährlich zu (Werte seit 2016).

Voraussetzung für die Inanspruchnahme des Kinderfreibetrages ist, dass für die betroffenen Kinder ein Anspruch auf den Kinderabsetzbetrag oder den Unterhaltsabsetzbetrag für mindestens sieben Monate im Kalenderjahr besteht. Der Kinderfreibetrag wird über die Arbeitnehmereinveranlagung (Formular L1k) bzw. Einkommensteuererklärung (Formular E1) geltend gemacht (Versicherungsnummer des Kindes ist anzugeben).

Steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten (letztmalig für das Jahr 2018)

Die **Kosten für die Betreuung von Kindern** bis zum vollendeten 10. Lebensjahr können bis zu einem Betrag von 2.300 Euro pro Kind und Jahr steuerlich abgesetzt werden. Voraussetzung ist, dass die Betreuung in einer Institution (Kindergarten, Krippe, Hort, etc.) oder durch eine pädagogisch qualifizierte Per-

son (z. B. Tagesmutter/Tagesvater) erfolgt. Die Geltendmachung erfolgt über die Arbeitnehmerveranlagung (Formular L1k) bzw. Einkommensteuererklärung (Formular E1) und kann höchstens fünf Jahre rückwirkend beantragt werden.

Kindermehrbetrag für geringverdienende Eltern

Liegt die Höhe der Einkommensteuer (vor Abzug aller steuerlichen Absetzbeträge) unter 250 Euro, so ist die **Differenz zwischen 250 Euro und der Einkommensteuer/Lohnsteuer** als **Kindermehrbetrag** zu erstatten.

Voraussetzung für den Anspruch auf den Kindermehrbetrag ist, dass der Alleinverdiener- oder der Alleinerzieherabsetzbetrag zusteht.

Wird mindestens 11 Monate (330 Tage) Arbeitslosengeld/Mindestsicherung oder eine Leistung aus der Grundversorgung bezogen, steht dieser Kindermehrbetrag nicht zu.

Der Kindermehrbetrag kann nur nach Ablauf des Kalenderjahres im Rahmen der Arbeitnehmerveranlagung bzw. Einkommensteuererklärung berücksichtigt werden.

Familienbonus Plus und Kindermehrbetrag für Kinder, die sich ständig im EU-/EWR-Raum oder der Schweiz aufhalten

Für Kinder im EU-Ausland (sowie EWR, Schweiz) werden der Familienbonus Plus und der Kindermehrbetrag entsprechend den für diese Länder ermittelten Lebenshaltungskosten in seiner Höhe wertangepasst.

Weitere Informationen zum Familienbonus Plus und einen Rechner, mit dem die Höhe der Ersparnis berechnet werden kann, finden Sie auf der Website des Bundesministeriums für Finanzen unter www.bmf.gv.at

Nähere Informationen erhalten Sie auch telefonisch beim Bürgerservice des Bundesministeriums für Finanzen **+43 50 233 765** oder unter der Hotline der Finanzämter **+43 50 233 233**.

Alleinverdienerabsetzbetrag

Alleinverdienenden, das sind Steuerpflichtige mit mindestens einem Kind, die mehr als sechs Monate im Kalenderjahr in einer Ehe, einer Lebensgemeinschaft oder einer eingetragenen Partnerschaft leben, wobei einer (Ehe-)Partnerin/einem (Ehe-)Partner für mindestens sieben Monate im Kalenderjahr der Kinderabsetzbetrag zusteht und die andere (Ehe-)Partnerin/der andere (Ehe-)Partner Einkünfte von höchstens 6.000 Euro jährlich erzielt, steht der Alleinverdienerabsetzbetrag zu.

Der **Absetzbetrag** beträgt **mit einem Kind 494 Euro** jährlich, **mit zwei Kindern 669 Euro** jährlich und erhöht sich **für das dritte und jedes weitere Kind um jeweils 220 Euro jährlich**. Die steuerpflichtigen Einkünfte der (Ehe-)Partnerin/des (Ehe-)Partners dürfen 6.000 Euro im Kalenderjahr nicht überschreiten, wobei das steuerfreie Wochengeld mit einzuberechnen ist.

Der Alleinverdienerabsetzbetrag kann beim Gehalt durch die Arbeitgeberin/den Arbeitgeber berücksichtigt werden (Formular E30) oder ist im Rahmen der Arbeitnehmerveranlagung bzw. der Einkommensteuererklärung für das abgelaufene Kalenderjahr beim Finanzamt geltend zu machen.

Alleinverdienende, deren berechnete Einkommensteuer im Kalenderjahr negativ ist (z. B. in Karenz), bekommen den Alleinverdienerabsetzbetrag auf Antrag im Zuge der Arbeitnehmerveranlagung vom Finanzamt ausbezahlt.

Alleinerzieherabsetzbetrag

Alleinerziehenden, das sind Steuerpflichtige mit mindestens einem Kind, die mehr als sechs Monate nicht in einer Gemeinschaft mit einer (Ehe-)Partnerin/einem (Ehe-)Partner leben und den Kinderabsetzbetrag für mindestens sieben Monate beziehen, steht der Alleinerzieherabsetzbetrag zu. Der **Absetzbetrag beträgt mit einem Kind 494 Euro** jährlich, **mit zwei Kindern 669 Euro** jährlich und erhöht sich **für das dritte und jedes weitere Kind um jeweils 220 Euro** jährlich.



Der Alleinerzieherabsetzbetrag kann beim Gehalt durch die Arbeitgeberin/den Arbeitgeber berücksichtigt werden (Formular E30) oder ist im Rahmen der Arbeitnehmerveranlagung bzw. der Einkommensteuererklärung für das abgelaufene Kalenderjahr beim Finanzamt geltend zu machen. Alleinerziehende, deren berechnete Einkommensteuer im Kalenderjahr negativ ist (z. B. in Karenz), bekommen den Alleinerzieherabsetzbetrag auf Antrag im Zuge der Arbeitnehmerveranlagung vom Finanzamt ausbezahlt.

Unterhaltsabsetzbetrag

Wer für ein nicht haushaltszugehöriges Kind nachweislich gesetzlichen Unterhalt (Alimente) leistet, hat Anspruch auf einen Unterhaltsabsetzbetrag von monatlich:

- 29,20 Euro für das erste Kind,
- 43,80 Euro für das zweite Kind,
- 58,40 Euro für jedes weitere Kind.

Berücksichtigt werden Unterhaltsabsetzbeträge nur im Rahmen der Arbeitnehmerveranlagung bzw. Einkommensteuererklärung.

Zuschüsse der Arbeitgeberin/des Arbeitgebers zu Kinderbetreuungskosten

Zuschüsse der Arbeitgeberin/des Arbeitgebers zu Kinderbetreuungskosten können **frei von Sozialabgaben und bis zu 1.000 Euro pro Kind und Jahr steuerfrei** ausbezahlt werden, wenn sie direkt an die Betreuungseinrichtung oder durch Gutscheine geleistet werden.

Sonstige Leistungen

Pensionsversicherung

Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten in der Pensionsversicherung

Seit 1. Jänner 2005 können Mütter Beitragszeiten in der Pensionsversicherung nicht mehr allein über Pensionsversicherungsbeiträge aus einer Berufstätigkeit erwerben, sondern auch über Kindererziehungszeiten. Väter bekommen solche Beitragszeiten aus der Kindererziehung dann angerechnet, wenn sie glaubhaft machen können, dass sie ihre Kinder überwiegend selbst betreut haben, z. B. als Alleinerzieher oder als Hausmann in einer Partnerschaft mit einer berufstätigen Mutter.

Pro Kind können **maximal vier Beitragsjahre in der Pensionsversicherung erworben** werden (bei einer Mehrlingsgeburt fünf Jahre). Sich überlappende Zeiten werden nur einmal angerechnet. Für die Berechnung der Pensionsbeiträge aus Kindererziehungszeiten wird im Jahr 2019 eine **monatliche Bemessungsgrundlage von 1.864,78 Euro** herangezogen.

Mit dieser Regelung können ab 1. Jänner 2005 die für eine Mindestpension notwendigen 15 Versicherungsjahre zum Teil aus Kindererziehungszeiten aufgebracht werden: Sind mindestens zwei Kinder vorhanden, die in einem Mindestabstand von vier Jahren geboren wurden, können pro Kind vier Beitragsjahre aus Kindererziehungszeiten angerechnet werden. Die restlichen sieben Beitragsjahre müssen aus einer Erwerbstätigkeit aufgebracht werden (dieser Erwerbstätigkeit gleichgestellt sind vor und nach dem 1. Jänner 2005 gelegene Zeiten der Selbstversicherung für die Pflege eines behinderten Kindes sowie der Selbstversicherung für Zeiten der Pflege naher Angehöriger, Zeiten einer Weiterversicherung für die Pflege eines nahen Angehörigen ab Pflegestufe 3, Zeiten der Familienhospizkarenz und Zeiten des Bezugs von Pflegekarenzgeld bei Pflegezeit).

Nähere Auskünfte über das derzeit geltende Pensionsrecht erhalten Sie bei den Pensionsversicherungsträgern in Ihrem Bundesland. Die Adressen finden Sie im Internet unter www.sozialversicherung.at

Pensionssplitting

Unter Pensionssplitting ist die Übertragung von Teilgutschriften bei Kindererziehung zu verstehen. Der Elternteil, der sich nicht überwiegend der Kindererziehung widmet und erwerbstätig ist, kann für die ersten sieben Jahre nach Geburt des Kindes bis zu 50% seiner Teilgutschrift auf das Pensionskonto des Elternteiles, der sich der Kindererziehung widmet, übertragen lassen. Es können maximal 14 Kalenderjahre übertragen werden.

Der Antrag ist schriftlich beim leistungszuständigen Versicherungsträger (das ist jener Träger, bei dem der erwerbstätige Elternteil pensionsversichert ist) bis zur Vollendung des 10. Lebensjahres des Kindes einzubringen.

Weitere Informationen erhalten Sie unter:

www.pensionsversicherung.at

Kostenlose Selbstversicherung in der Pensionsversicherung bei Pflege eines behinderten Kindes

Wenn Mütter oder Väter ein behindertes Kind, für das sie auch erhöhte Familienbeihilfe beziehen, unter überwiegender Beanspruchung ihrer Arbeitskraft in häuslicher Umgebung pflegen, besteht die Möglichkeit einer freiwilligen Selbstversicherung in der Pensionsversicherung. Die Beiträge für die Pensionsversicherung werden – längstens bis zur Vollendung des 40. Lebensjahres des Kindes – zu zwei Dritteln aus dem Familienlastenausgleichsfonds und zu einem Drittel vom Bund bezahlt.

Auf Antrag können Personen, die irgendwann seit dem 1. Jänner 1988 die Voraussetzungen für diese Selbstversicherung erfüllt haben, diese auch nachträglich beanspruchen. Das Höchstausmaß beträgt 120 Monate.

Der Antrag ist immer bei der Pensionsversicherungsanstalt einzubringen. Die Adressen finden Sie im Internet unter www.pensionsversicherung.at

Krankenversicherung

Kostenlose Selbstversicherung in der Krankenversicherung bei Pflege eines behinderten Kindes

Personen, die sich der Pflege eines behinderten Kindes widmen und keine andere Möglichkeit zur Erlangung eines Krankenversicherungsschutzes haben, können sich bei sozialer Schutzbedürftigkeit in der Krankenversicherung

beitragsfrei selbstversichern. Die Beiträge werden – längstens bis zur Vollendung des 40. Lebensjahres des Kindes – zur Gänze aus dem Familienlastenausgleichsfonds übernommen.

Abfertigung

Abfertigung bei Austritt aus Anlass der Geburt eines Kindes

Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer können innerhalb bestimmter Fristen aus Anlass der Geburt ihres Kindes aus einem Arbeitsverhältnis austreten: entweder innerhalb der Schutzfrist nach der Geburt (Mutterschafts Austritt) oder bis spätestens drei Monate vor dem Ende einer Elternkarenz. Bei Mutter- und Vaterschafts Austritt besteht dann ein Anspruch auf **Abfertigung nach dem alten Abfertigungsrecht**, wenn das Arbeitsverhältnis ununterbrochen fünf Jahre gedauert hat. Man bekommt in diesem Fall die Hälfte der sonst zustehenden Abfertigung, höchstens jedoch drei Monatsentgelte an Abfertigung. Karenzzeiten nach dem Mutterschutzgesetz/Väterkarenzgesetz werden für die Abfertigung Alt nicht berücksichtigt.

Für **Arbeitsverhältnisse, die nach dem 31. Dezember 2002 neu abgeschlossen wurden**, sowie für Arbeitsverhältnisse, für die das neue Abfertigungssystem vereinbart wurde, gilt das neue Abfertigungsrecht (**Abfertigung neu**). Hier erwerben Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer einen Abfertigungsanspruch dem Grunde nach gegenüber der Betrieblichen Vorsorgekasse unabhängig von der Dauer und Art der Beendigung des Arbeitsverhältnisses. Ein Verlust des Abfertigungsanspruchs kann – anders als bei der Abfertigung alt – nicht eintreten. Im Fall des Mutter- und Vaterschafts Austritts binnen der oben genannten Fristen besteht ein Anspruch auf Verfügung über die Abfertigung neu (insbesondere ein Anspruch auf Auszahlung), sofern die Arbeitnehmerin/der Arbeitnehmer zu diesem Zeitpunkt mindestens 36 Beitragsmonate erworben hat. Karenzzeiten, in denen Kinderbetreuungsgeld bezogen wurde, werden für die für eine Verfügung erforderlichen Beitragsmonate mitgerechnet.

Nähere Information über den Abfertigungsanspruch im Fall des Mutter-/Vaterschaftsaustritts erhalten Sie beim Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz – entweder beim Bürgerservice unter **+43 1 71 100 86 22 86** oder im Internet unter www.sozialministerium.at

5 Bei finanzieller Notlage

Das Bundeskanzleramt – Sektion Familien und Jugend kann Familien in besonderen Notsituationen mit Geldaushilfen unterstützen.

Familienhärteausgleich

Der Familienhärteausgleich ist eine einmalige Überbrückungshilfe für Familien oder werdende Mütter und kann unter den folgenden vier Voraussetzungen beantragt werden:

- Die Antragstellerin/der Antragsteller besitzt die österreichische Staatsbürgerschaft (bzw. ist EU-Bürgerin/EU-Bürger, anerkannter Flüchtling oder staatenlos).
- Es wird für mindestens ein Kind Familienbeihilfe bezogen (oder eine Schwangerschaft liegt vor).
- Ein unverschuldetes und unabwendbares Ereignis hat zu der finanziellen Notlage geführt, z. B. Todesfall, Krankheit, Behinderung, Erwerbsunfähigkeit, ein Unfall oder eine Naturkatastrophe.
- Die Notlage kann von der Familie oder der werdenden Mutter auch nach Inanspruchnahme der gesetzlich zustehenden Leistungen bzw. Ansprüche nicht selbst bewältigt werden.

Es können nur Überbrückungshilfen gewährt werden. Unterstützungen zum laufenden Lebensunterhalt einer Familie sind nicht möglich. Ein Rechtsanspruch auf Leistungen aus dem Familienhärteausgleich besteht nicht.

Ein Antragsformular für den Familienhärteausgleich finden Sie im Internet unter www.frauen-familien-jugend.bka.gv.at

Ansuchen können auch formlos an folgende Adresse gerichtet werden:

Bundeskanzleramt

Sektion Familien und Jugend

Abteilung V/4 – Familienhilfe

Untere Donaustraße 13–15

1020 Wien

familienhilfe@bka.gv.at

Familienhospizkarenz-Härteausgleich

Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer und Bezieherinnen/Bezieher von Arbeitslosengeld und Notstandshilfe haben das gesetzliche Recht, zur **Begleitung und Pflege sterbender Angehöriger oder schwerst erkrankter Kinder** freigestellt zu werden. Sie sind in der Zeit der Familienhospizkarenz kranken- und pensionsversichert.

Darüber hinaus besteht bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen ein Rechtsanspruch auf Pflegekarenzgeld.

Wenn trotz Pflegekarenzgeld der Einkommensgrenzwert von der Familie unterschritten wird, ist auch ein Zuschuss aus dem Familienhospizkarenz-Härteausgleich möglich.

Das Antragsformular, mit dem sowohl das Pflegekarenzgeld als auch der Familienhospizkarenz-Zuschuss beantragt wird, finden Sie im Internet unter www.frauen-familien-jugend.bka.gv.at

Telefonische Auskünfte zu den Anspruchsvoraussetzungen für den Familienhärteausgleich und den Familienhospizkarenz-Zuschuss erhalten Sie auch beim Familienservice unter **0800 240 262**.

6 Jugend

Jugendschutz in Österreich betrifft viele Bereiche

- Ausgehzeiten
- Rauchen und Alkohol
- jugendgefährdende Medien
- auswärtige Übernachtungen
- verbotene Orte u. v. m.

In Österreich ist der Jugendschutz **nicht einheitlich geregelt**. Alle neun Bundesländer haben eigene Jugendschutzgesetze. Für Kinder und Jugendliche gilt immer das Gesetz jenes Bundeslandes, in dem sie sich **gerade aufhalten**.

Seit 2019 gelten in Österreich erstmals weitestgehend einheitliche Bestimmungen zum Erwerb und Konsum von Alkohol und Tabak sowie zu den Ausgehzeiten. So gilt österreichweit ein Rauchverbot unter 18 Jahren. Ebenso ist in ganz Österreich der Erwerb und Konsum von Getränken, die gebrannten Alkohol enthalten, erst ab 18 Jahren erlaubt.

Insbesondere für die Ausgehzeiten gilt: Die Jugendschutzgesetze bilden den äußersten Rahmen des Erlaubten. Erziehungsberechtigte müssen jedoch selbst entscheiden, welche Regeln sie innerhalb dieses Rahmens aufstellen. Dabei sind die jeweilige Situation und auch die individuelle Reife des/der Jugendlichen von Bedeutung.

Detaillierte Informationen finden Sie unter www.oesterreich.gv.at

Elektronische Medien sind für Heranwachsende besonders faszinierend, bergen aber **auch Risiken**.

Wertvolle Hinweise, wie Kinder und Eltern am besten mit möglichen Gefahren wie Cybermobbing, Kostenfallen oder Urheberrecht umgehen, finden Sie unter www.saferinternet.at

Die „**Bundesstelle für die Positivprädikatisierung von digitalen Spielen**“ – kurz: BuPP – bietet unabhängige Information zu digitalen Spielen. Die Spieleliste der BuPP im Internet dient als Entscheidungshilfe für Eltern und Erziehende beim Spielekauf.

Nähere Informationen finden Sie unter www.bupp.at

Ausbildungsmöglichkeiten in Österreich nach Ende der Schulpflicht

Die Oberstufe der allgemein bildenden höheren Schule (AHS) vermittelt eine umfassende und vertiefende Allgemeinbildung und führt mit der Matura zur allgemeinen Hochschulreife. Mit einem AHS-Abschluss sind in der Regel keine unmittelbaren beruflichen Qualifikationen verbunden.

Die berufsbildende höhere Schule (BHS) vermittelt eine vertiefende Allgemeinbildung und führt mit Matura ebenso zur Hochschulreife, gleichzeitig erwerben die Schülerinnen/Schüler eine abgeschlossene Berufsausbildung im jeweiligen Fachbereich.

Berufsbildende mittlere Schulen (BMS) vermitteln neben einer erweiterten Allgemeinbildung konkrete berufliche Qualifikationen im jeweiligen Fachbereich. Die Lehre ist eine duale Berufsausbildung, die sehr praxisorientiert überwiegend in einem Betrieb und zu einem kleineren Teil in der Berufsschule erfolgt. Im Lehrbetrieb erlernt der Lehrling den gewählten Beruf anhand der

praktischen Arbeit. In der Berufsschule wird das Allgemeinwissen vertieft und theoretisches Hintergrundwissen für den gewählten Beruf vermittelt.

Nähere Informationen finden Sie unter www.ausbildungskompass.at

AusBildung bis 18

Bildung und Ausbildung sind der Schlüssel für eine gesicherte Zukunft junger Menschen. Jugendliche, die nur die Pflichtschule besuchen, haben später ein wesentlich höheres Risiko, arbeitslos zu werden. Das Einkommen von Menschen mit wenig Ausbildung bleibt häufig ihr ganzes Leben lang gering, auch in der Pension. Ziel der Initiative der Bundesregierung „AusBildung bis 18“ ist es, dass alle Jugendlichen einen höheren Abschluss als die Pflichtschule erreichen. Zudem sollen Jugendliche mit Hilfe dieser Initiative noch besser auf die Anforderungen der Zukunft vorbereitet werden.

Die „AusBildung bis 18“ umfasst nicht nur die seit August 2016 gesetzlich geregelte Ausbildungspflicht, sondern auch die bestmögliche Unterstützung von Jugendlichen und Erziehungsberechtigten sowie eine Optimierung der bestehenden Angebote.

Nähere Informationen finden Sie unter ausbildungbis18.at

Die **Ausbildungspflicht** ist die gesetzliche Pflicht Jugendlicher, ab dem Ende der Schulpflicht bis zum Erreichen des 18. Lebensjahres eine weiterführende Schule zu besuchen oder eine Ausbildung zu absolvieren. Die Ausbildungspflicht ist keine verlängerte Schulpflicht, weil sie nicht nur durch Schulbesuch erfüllt werden kann.

7 Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zählt zu den wichtigsten Herausforderungen, die sich der österreichischen Familienpolitik stellen. Familie ist für junge Menschen ein vorrangiges Anliegen, gleichzeitig ist es ihnen aber auch wichtig, im Beruf erfolgreich zu sein.

Das Bundeskanzleramt – Sektion Familien und Jugend fördert eine Reihe von Maßnahmen, die zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf beitragen. Mit dem Netzwerk „**Unternehmen für Familien**“ soll Familienfreundlichkeit zu einem Markenzeichen Österreichs werden. Mit dem Beitritt zu „Unternehmen für Familien“ bekennen sich Unternehmen und Gemeinden dazu, konkrete Beiträge zu einem familienfreundlichen Arbeitsumfeld bzw. familienfreundlichen Lebensraum zu leisten. Das Kernstück der Initiative ist die **Online-Plattform www.unternehmen-fuer-familien.at**, welche von Erfolgsbeispielen berichtet und den optimalen Ort für Austausch, Vernetzung und Kooperation bietet. Von großer Bedeutung für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist auch der verstärkte Einsatz von modernen Managementinstrumenten. Dazu zählen die **Auditangebote der Familie & Beruf Management GmbH**. Der Auditprozess wird von qualifizierten Auditorinnen/Auditoren betreut, die Unternehmen, Universitäten, Fachhochschulen, Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen sowie Gemeinden dabei unterstützen, familienfreundliche Maßnahmen umzusetzen.

Das **Audit *berufundfamilie*** ist ein maßgeschneidertes Instrument für Unternehmen aller Branchen, Betriebsgrößen sowie Rechts- und Unternehmensformen. Im Auditprozess werden Unternehmen dabei unterstützt, auf Grundlage familienfreundlicher Maßnahmen betriebswirtschaftliche Vorteile zu erzielen.

Das **Audit *berufundfamilie* für Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen** ist speziell auf die Vereinbarkeitsanforderungen von Gesundheits- und Pflege-

einrichtungen zugeschnitten. Das **Audit *hochschuleundfamilie*** unterstützt Universitäten und Fachhochschulen bei der Umsetzung eines familienfreundlicheren Hochschulalltages.

Auch ein familienfreundliches Lebensumfeld wirkt sich positiv auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf aus. Das **Audit *familienfreundlichegemeinde*** ist ein kommunalpolitischer Prozess für österreichische Gemeinden, Marktgemeinden und Städte. Das Ziel dieses Audits ist es, das Vorhandensein familienfreundlicher Maßnahmen in Gemeinden zu identifizieren und weiteren Bedarf zu ermitteln.

Alle abgeschlossenen Auditierungsverfahren werden vom Bundeskanzleramt – Sektion Familien und Jugend mit einem staatlichen Gütezeichen ausgezeichnet. Mit dem **Staatspreis „Familie & Beruf“** werden Unternehmen prämiert, die es ihren Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern mit besonders innovativen Maßnahmen ermöglichen, Familie und Beruf optimal zu vereinbaren. Nähere Informationen zum Staatspreis „Familie und Beruf“ stehen Ihnen unter www.familienfreundlichsterbetrieb.at zur Verfügung.

Der **„Wegweiser Familienfreundlichkeit“** ist eine innovative Methode, um Personalverantwortlichen und Mitarbeiterinnen / Mitarbeitern in Unternehmen die Erfolgsfaktoren von Familienfreundlichkeit aufzuzeigen. Auf Basis der Angaben zu aktuellen Herausforderungen werden in kürzester Zeit und kostenlos die individuellen, wirtschaftlichen Vorteile von Investitionen in Familienfreundlichkeit ermittelt: www.wegweiser-familienfreundlichkeit.at

Der **berufundfamilie-Index** ist ein wissenschaftliches Instrument, mit dem Arbeitgeberinnen/Arbeitgeber die Stärken und Entwicklungspotentiale ihrer Personalpolitik in Bezug auf das Familienbewusstsein bzw. auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf überprüfen können. Diese Überprüfung ist für die Unternehmen kostenfrei und dauert nur wenige Minuten.

Mit der Abwicklung dieser Vereinbarkeitsmaßnahmen ist die Familie & Beruf Management GmbH betraut. Nähere Informationen finden Sie unter www.familieundberuf.at

Kinderbildungs- und Kinderbetreuungseinrichtungen in Österreich

Einen österreichweiten Überblick über Bildungs- und Betreuungsangebote bietet www.kinderbetreuung.at

Die wichtigsten Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsangebote:

- Tagesmütter/Tagesväter
- Spielgruppen
- Kinderkrippen (Kleinkindkrippen, Krabbelstuben)
- Kindergärten
- Horte

Die Regelung der Rahmenbedingungen für Kinderbildung und -betreuung fällt in die Kompetenz der Bundesländer. Anzahl, Öffnungszeiten und Kosten können daher unterschiedlich sein.

Der Bund stellt im Kindergartenjahr 2018/19 125 Mio. Euro und in den Kindergartenjahren 2019/20 bis 2021/22 jeweils 142,5 Mio. Euro an Zweckzuschüssen für den weiteren Ausbau des Angebots, den beitragsfreien Pflichtkindergarten und die frühe sprachliche Förderung zur Verfügung.

Die Familie & Beruf Management GmbH stellt laufend eine aktuelle Liste von Ferienbetreuungsprojekten aller Bundesländer zusammen. Die Liste und ein Suchmodul für alle Ferienzeiten finden Sie unter www.familieundberuf.at

Mit der **FamilyApp** wird berufstätigen Eltern das Auffinden von geeigneten Kinderbetreuungsangeboten in der Ferienzeit erleichtert. Die App bietet direkten Zugriff auf Betreuungsmöglichkeiten von verschiedensten Projektanbietern aus ganz Österreich. Die FamilyApp kann über den jeweiligen **App-Store** (Android/iOS) kostenlos heruntergeladen werden.

Für Kinder, die bis zum 31. August das fünfte Lebensjahr vollendet haben, ist der **halbtägige Kindergartenbesuch** von September bis Juni (Schulferien ausgenommen) **verpflichtend und kostenlos**. Die Besuchspflicht beginnt mit dem ersten Schultag des betreffenden Schuljahres.



8 Pflichten und Rechte von Eltern in Österreich

Bei allen Entscheidungen, die Eltern für ihre Kinder treffen, steht das Wohl des Kindes an erster Stelle. Gewalt darf in der Erziehung niemals angewendet werden.

Es gibt rechtliche Pflichten, die Eltern gegenüber ihren Kindern haben:

- die Sorge für die Gesundheit und die körperliche Entwicklung (Pflege)
- die Gewährleistung des Schulbesuchs und der Ausbildung sowie die Förderung der Fähigkeiten (Erziehung)
- die Vermögensverwaltung des Kindes
- die rechtliche Vertretung etwa bei Vertragsabschlüssen oder vor Behörden

Obsorge

Im Rahmen einer aufrechten Ehe sind beide Elternteile mit der Obsorge betraut. Unverheiratete Eltern können vor dem Standesamt bestimmen, dass beide mit der Obsorge betraut sind. Ansonsten hat nur die Mutter die Obsorge. Die Eltern sollen sich in allen Belangen der Obsorge einigen und gemeinsam vorgehen. Es genügt jedoch, wenn ein Elternteil das Kind nach außen vertritt. Im Fall einer Scheidung sollen sich die Eltern einigen, ob beide oder ein Elternteil die Obsorge hat. Gelingt dies nicht, entscheidet das Gericht, wobei das Kindeswohl im Mittelpunkt steht.

Unterhaltspflicht

Eltern müssen grundsätzlich gemeinsam für den Unterhalt ihres Kindes/ihrer Kinder aufkommen. Sie leisten den Unterhalt in Form von Naturalien (Wohnen, Essen, Lebensmittel, Schulbedarf etc.). Leben die Eltern getrennt bzw. sind sie geschieden, leistet der Elternteil, bei dem das Kind nicht ständig wohnt, den Unterhalt mit finanziellen Beiträgen.

Jugendliche mit einem eigenen Einkommen haben weiterhin das Recht auf Unterhalt, wenn sie von ihrem Verdienst nicht leben können und sich in einer Ausbildung befinden. Wenn das Kind bzw. die/der Jugendliche nicht mehr zu Hause wohnt, müssen beide Elternteile in Form von Geldleistungen für den Unterhalt aufkommen, solange sie/er sich noch nicht selbst erhalten kann.

Unterhaltsvorschuss

Ein Unterhaltsvorschuss kann beantragt werden, wenn bei getrennt lebenden bzw. geschiedenen Eltern der zum Kindesunterhalt verpflichtete Elternteil seiner Zahlungsverpflichtung nicht nachkommt.

Wichtig hierbei ist, dass die zwangsweise Hereinbringung der Zahlungen bei Gericht beantragt wird (spätestens mit der Antragstellung auf Unterhaltsvorschuss). Die Höhe des Unterhaltsvorschusses entspricht grundsätzlich der Höhe des gerichtlich festgesetzten Unterhaltsanspruchs; allerdings gibt es einen monatlichen Höchstbetrag, der nicht überschritten werden darf. Ist die Festsetzung des Unterhaltsbeitrages nicht möglich oder verbüßt die Unterhaltsschuldnerin/der Unterhaltsschuldner eine Haftstrafe, werden Unterhaltsvorschüsse in Form von Fixbeträgen je nach Alter des Kindes gewährt. Ein Anspruch auf Unterhaltsvorschuss besteht nur für Kinder, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, mit der Unterhaltsschuldnerin/dem Unterhaltsschuldner nicht im gemeinsamen Haushalt leben, sich in Österreich aufhalten und die eine österreichische Staatsbürgerschaft oder eine EU-Staatsbürgerschaft besitzen (oder staatenlos sind).



Treffen diese Voraussetzungen zu, kann beim Pflugschaftsgericht ein Antrag auf Unterhaltsvorschuss gestellt werden.

Der Unterhaltsvorschuss kann für längstens fünf Jahre bezogen werden, dann sind eine neuerliche Antragstellung und eine Überprüfung der Situation notwendig.

Nähere Informationen zum Unterhaltsvorschuss erhalten Sie bei der Kinder- und Jugendhilfe Ihres Bundeslandes.

9 Trennung und Scheidung

Mediation

Die vom Bundeskanzleramt – Sektion Familien und Jugend geförderte Familienmediation hilft Familien bei der Einigung über

- Fragen zur Trennung oder Scheidung
- die Aufteilung von Vermögen
- die Obsorge
- den Unterhalt oder
- das Kontaktrecht zum Kind/zu den Kindern

Mediation wird jeweils von zwei Mediatorinnen/Mediatoren durchgeführt, wobei eine Person eine psychosoziale Ausbildung hat (Sozialarbeiterin/Sozialarbeiter, Therapeutin/Therapeut, etc.) und die andere eine juristische Ausbildung (Rechtsanwältin/Rechtsanwalt, RichterIn/Richter, etc.) besitzt. Neben ihrer eigentlichen Berufsausbildung haben Mediatorinnen/Mediatoren auch noch eine spezielle Mediationsausbildung absolviert. Eine Mediation ist kostenpflichtig, aber der Tarif ist je nach Höhe des Familieneinkommens und der Anzahl der Kinder, denen gegenüber eine Unterhaltsverpflichtung besteht, gestaffelt.

Eine Liste von Mediatorinnen/Mediatoren sowie weiterführende Informationen zur Mediation finden Sie im Internet unter www.trennungundscheidung.at, auf der Website des Bundeskanzleramtes – Sektion Familien und Jugend unter www.frauen-familien-jugend.bka.gv.at oder Sie rufen das Familienservice unter der kostenlosen Telefonnummer **0800 240 262** an.

Beratung von Eltern vor einvernehmlicher Scheidung

Für die verpflichtende Beratung von Eltern vor einer einvernehmlichen Scheidung steht ein umfassendes Angebot an geeigneten Beraterinnen/Beratern bereit.

Nähere Informationen finden Sie unter

www.kinderrechte.gv.at/elternberatung-vor-scheidung sowie unter
www.trennungundscheidung.at

Eltern-Kind-Begleitung bei Scheidung und Trennung

Das Bundeskanzleramt – Sektion Familien und Jugend fördert Vereine, die therapeutische und pädagogische Kindergruppen oder auch Einzelarbeit mit Kindern sowie Paarbegleitung, Einzelbegleitung und Einzelarbeit mit Eltern anbieten.

Weitere Informationen finden Sie auf der Website des Bundeskanzleramtes – Sektion Familien und Jugend unter

www.frauen-familien-jugend.bka.gv.at sowie unter
www.trennungundscheidung.at

10 Gegen Gewalt in der Familie

Das Bundeskanzleramt – Sektion Familien und Jugend setzt sich gegen Gewalt ein und fördert zahlreiche Projekte, die der Vorbeugung von Gewalt und der Unterstützung von Betroffenen dienen.

In Österreich gibt es seit 1989 ein gesetzliches Gewaltverbot. Die „Plattform gegen die Gewalt in der Familie“ wurde 1993 ins Leben gerufen, in der 45 etablierte Beratungseinrichtungen aus den Bereichen „Gewalt gegen Kinder“, „Gewalt gegen Frauen“, „Gewalt an/unter Jugendlichen“, „Gewalt gegen ältere Menschen“ und „Geschlechtsspezifische Burschen- und Männerarbeit“ für die Gewaltprävention zusammenarbeiten.

Von Gewalt Betroffene finden Informationen, Adressen von Anlaufstellen und ersten Rat im Internet unter www.gewaltinfo.at

Prozessbegleitung

Zur Unterstützung von Gewaltopfern stehen viele spezialisierte juristische und psychosoziale Prozessbegleiterinnen/Prozessbegleiter zur Verfügung. Opfer von Straftaten haben einen Rechtsanspruch auf Prozessbegleitung von der Vorbereitung der Anzeige bis zum Abschluss des Gerichtsverfahrens. Die psychosozialen Prozessbegleiterinnen/Prozessbegleiter sind für den Umgang mit den einzelnen Opfergruppen wie z.B. Kinder, Jugendliche oder Frauen besonders geschult.

Nähere Informationen zur Prozessbegleitung und Adressen finden Sie im Internet unter www.gewaltinfo.at

11 Familien- referate der Bundesländer

Die finanziellen Beihilfen und die sonstigen Unterstützungsmöglichkeiten, über die Sie in den vorangegangenen Kapiteln gelesen haben, sind Leistungen des Bundes und werden österreichweit in einheitlichen Bundesgesetzen geregelt.

Verfassungsrechtlich darf aber jedes österreichische Bundesland im Bereich der Familienförderung eigene Landesgesetze erlassen und Beihilfen für Familien aus Landesmitteln finanzieren.

Sie haben unter bestimmten Voraussetzungen einen Anspruch auf finanzielle Unterstützungen Ihres Bundeslandes, wie z.B. Förderungen über einen „Familienpass“. Die finanziellen Leistungen und die Anspruchsvoraussetzungen sind in jedem Bundesland unterschiedlich geregelt.

Erkundigen Sie sich daher bei der Landesregierung Ihres Bundeslandes nach Ihren Ansprüchen; Sie finden die Adressen und Telefonnummern nachstehend.

Familienreferate	Adresse	Kontakt
Burgenland	Amt der Burgenländischen Landesregierung Referat Familie 7000 Eisenstadt, Europaplatz 1	+43 57 600-2785 post.a7-familie@bgld.gv.at www.burgenland.at
Kärnten	Amt der Kärntner Landesregierung Abt. 4 – Soziale Sicherheit 9020 Klagenfurt am Wörthersee, Mießtaler Str. 1	+43 50 536-14504 abt4.post@ktn.gv.at www.ktn.gv.at
Niederösterreich	Amt der Niederösterreichischen Landesregierung Abt. Allgemeine Förderung und Stiftungsverwaltung 3109 St. Pölten, Landhausplatz 1	+43 2742 9005-1-9005 familien@noel.gv.at www.noel.gv.at
Oberösterreich	Amt der Oberösterreichischen Landesregierung Direktion Gesellschaft, Soziales und Gesundheit Abteilung Gesellschaft 4021 Linz, Bahnhofplatz 1	+43 732 7720-11831 familienreferat@ooe.gv.at www.land-oberoesterreich.gv.at
Salzburg	Amt der Salzburger Landesregierung Referat 2/01 – Kinderbetreuung, Elementarbildung, Familien 5020 Salzburg, Gstättengasse 10	+43 662 8042-5421 kinder-familie@salzburg.gv.at www.salzburg.gv.at
Steiermark	Amt der Steiermärkischen Landesregierung Abteilung 6 Bildung und Gesellschaft; Fachabteilung Gesellschaft - Referat Familie, Erwachsenenbildung und Frauen 8010 Graz, Karmeliterplatz 2	+43 316 877-4023 familie@stmk.gv.at www.familien.steiermark.at
Tirol	Amt der Tiroler Landesregierung Abteilung Gesellschaft und Arbeit – Fachbereich Familie 6020 Innsbruck, Meinhardstraße 16	+43 512 508-7831 Familienhotline: 0800 800 508 ga.familie@tirol.gv.at www.tirol.gv.at
Vorarlberg	Amt der Vorarlberger Landesregierung Jugend und Familie 6901 Bregenz, Landhaus, Klostersgasse 20	+43 5574 511-22175 jugend.familie@vorarlberg.at www.vorarlberg.at
Wien	MAG 11 – Wiener Kinder- und Jugendhilfe 1030 Wien, Rüdengasse 11 (oder bei den Servicestellen der Wiener Kinder- und Jugendhilfe im Wohnbezirk)	+43 1 4000-8011 service@ma11.wien.gv.at www.wien.gv.at

Links

www.arbeitsinspektion.gv.at

ausbildungbis18.at

www.ausbildungskompass.at

www.beratungsstelleextremismus.at

www.bmf.gv.at

www.bundesstelle-sektenfragen.at

www.bupp.at

www.eltern-bildung.at

www.familienberatung.gv.at

www.familienbonusplus.at

www.familienfreundlichsterbetrieb.at

www.familieundberuf.at

finanzonline.bmf.gv.at/fon

www.frauen-familien-jugend.bka.gv.at

www.fruehehilfen.at

www.gewaltinfo.at

www.kinderbetreuung.at

www.kinderrechte.gv.at/elternberatung-vor-scheidung

www.kliniksuche.at

www.meinesv.at

www.oesterreich.gv.at

www.pensionsversicherung.at

www.saferinternet.at

www.sozialministerium.at

www.sozialversicherung.at

www.trennungundscheidung.at

www.unternehmen-fuer-familien.at

www.wegweiser-familienfreundlichkeit.at



FamilienApp

Die FamilienApp für Ihr Smartphone bietet neben Rat und Hilfe in **Erziehungsfragen** einen Wegweiser für Mutter-Kind-Pass-Untersuchungen, Impfungen und Behördenwege: kostenlos für iOS und Android!



FamilyApp

Die FamilyApp für Ihr Smartphone erleichtert das Auffinden von **Kinderbetreuungsangeboten** in der Ferienzeit: kostenlos für iOS und Android!

